

... zu sehr den Binnenblick und verlieren das Gefühl für die Außenwahrnehmung. \_Wir haben uns entschieden, Europa im Wahlkampf nicht zu erwähnen, weil Merkel da stark war \_Grüne wirken arrogant, viele sind besserwisserisch. \_Wir waren die Hauptgegner für die CDU \_Negativcampaigning ist passiv, reaktiv, in der Regel ineffizient, das Bild des Gegners bleibt im Kopf, die eigene Botschaft kommt nicht. \_Wir durften mitbestimmen, aber das war dann doch nicht so sichtbar. Eine Lehre; wir müssen alles rechnen und belegen, aber nicht im Wahlprogramm \_Wenn Landesverbände sagen, dass etwas fehlt, sollte der BuVo das auch hören. \_Organisieren wir in Berlin 2016 eine Urabstimmung und einen Mitgliederentscheid? \_Kleinere Bezirke haben massive Kapazitätsprobleme, dafür müssen wir Lösungen finden. \_Wir haben durch den späten Umgang mit der Pädophilieproblematik ein Glaubwürdigkeitsproblem. \_Warum sind unsere Bündnispartner weggefallen? Das Ehegattensplitting ist eine emotionale Angelegenheit. Darauf bauen viele Familien. Das kann man nicht so nüchtern wegrationalisieren. \_Es gab einige Fehlplanung: SpitzenkandidatInnen sagten kurzfristig ab, wir standen dann mit den Leuten allein da. \_Wir hätten vorher genauer überlegen sollen, was das Programm auslösen kann. \_Wir kamen nicht wirklich an die Herzen heran. \_Die einzige Regierungsoption hatten wir ausgeschlossen. \_Auf die Naziplakate hätten wir antworten müssen. \_Die Wirtschaft können wir nur gemeinsam mit der Industrie umbauen. \_Die grüne Jugend ist am moralischsten von allen. \_Mir hat unser Logo gefehlt. Einige erkannten so unsere Plakate nicht. \_Die Presse hat im ersten Halbjahr die SPD diskreditiert im zweiten die GRÜNEN. Wir haben medial nicht aktiv gesteuert. \_Vielleicht brauchen wir ein Beratungsgremium? \_Wir haben im Vorfeld mit dem Leistungsschutzrecht und der Vermögensteuer sicher auch Verlage verärgert, was dann auf uns zurückfiel. \_Wenn wir wollen, dass Politik ein besseres Image bekommt, müssen wir selbst auch aufhören, reflexartig Dreck über andere zu kippen. ...

... das Strebertum ablegen, wieder kreativer, spontaner, sympathischer und vielleicht sogar chaotischer werden. \_Für die Steuer hätte sofort eine Tabelle bereitstehen müssen \_Die Friedensbewegung findet sich nur bei den LINKEN \_Wir hatten keine Machtoption \_Fukushima wurde überhaupt nicht aufgegriffen. Dabei ist das Atomthema längst nicht durch, vor allem nicht in Hinblick auf Europa. \_Wir hatten keinen Claim in unserer Kampagne \_Personen und Themen kamen nicht zusammen. \_Wir hätten mehr verweisen können auf Landesregierungen, wo die Regierungsverantwortung schon klappt. \_Wir kamen nicht aus der Defensive heraus \_Wir erfahren bei unseren Wahlen eine zunehmende Amerikanisierung. Personen und Emotionen stehen viel mehr im Vordergrund. \_Wir waren auf die Angriffe nicht gut vorbereitet \_In den Hochburgen haben wir am meisten verloren, so wie man dort auch am höchsten gewinnen kann. \_Uns fehlen Strukturen, um aktuelle Themen massiv in die Öffentlichkeit zu bringen. \_Beherrscht uns das Muttithema auch in Zukunft? Wir müssen Merkel starke Frauen entgegensetzen. \_Wir verloren nicht nur zum Jahr 2009 sondern auch zu 2005 und zu 2002 \_Wir machten in Berlin bundesweit den höchsten Verlust. \_U18 haben mehr die CDU gewählt \_Die Steuererhöhung hätte mehr im Sinne der Zielen kommuniziert werden müssen, dann können wir den Wählern auch einiges zumuten. Das haben wir schon immer gemacht \_Immerhin gab es drei Tage nach der Wahl 300 Neueintritte. \_Atomausstieg heißt heute sich mit den Endlagern beschäftigen. \_Der Wahlkampf war der Agentur überlassen, wir haben ihn zu wenig selbst bestimmt. \_Weniger Aggression hätte uns gut gestanden. \_In Zukunft muss Wahlkampf flexibler werden. \_Nie wieder Duzen! \_Respektvoller miteinander umgehen ...

**WAHLKAMPF 2013**

- 04 **Wahl 2013 – Blick zurück und nach vorn**
- 06 **Von der Zukunft gezogen?** *Renate Künast*
- 08 **Wie Wahlkampf funktioniert** *Gespräch mit Robert Heinrich*
- 10 **Eine Partei für die ganze Stadt** *Silke Gebel, Nina Stahr, Bartosz Lotarewicz*
- 11 **Grüne Niederlage als Chance** *Harald Moritz, Katrin Schmidberger*
- 12 **Die Richtung wechseln** *Jochen Esser*
- 13 **Grüner Aufbruch: Lernen aus Fehlern** *Ralf Tils*
- 14 **Fünf-Prozent-Hürde noch zeitgemäß?** *Michael Elfer*
- 14 **Wahlkampf mit Herz und Verstand, trotz Gegenwind** *Özcan Mutlu*
- 15 **Wahlkampf von unten im Wahlkreis 76** *Andreas Otto*
- 15 **GRÜN.kulturell – Politik trifft Kultur** *Notker Schweikhardt*
- 16 **Nicht links – nicht rechts – sondern vorn!** *Franziska Eichstädt-Bohlig*
- 16 **Mut zum Team** *Gerhard Schick*
- 18 **Neue Wege im Bundesvorstand** *Gespräch mit Bettina Jarasch*
- 19 **2013 – ein feministischer Aufbruch?** *Audrey Podann*
- 20 **Aufarbeitung der Pädophilie-Debatte** *Bettina Jarasch, Daniel Wesener, Thomas Birk*

**EUROPA-WAHL 2014**

- 22 **Europa-Wahl 2014: Krise heißt Wendepunkt** *Michael Cramer*
- 24 **Mobilisierung mit Gesichtern**

**DEBATTE**

- 26 **600.000 Stimmen für die Energiewende** *Michael Schäfer*
- 28 **Das Verhältnis von Staat, Kirchen und Konfessionsfreien braucht eine neue Grundlage** *Jürgen Roth*

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – AKTIV**

- 30 **Green Passion Day** *Christian Kölling*
- 31 **Ethnische Ökonomie und Grüne Wirtschaft** *Christian Kölling*
- 32 **Die Haasenburg wird dicht gemacht - und nun?** *Marianne Burkert-Eulitz*
- 33 **Sandra Scheeres allein Zuhause** *Stefanie Remlinger*
- 33 **Özcan geht, Oliver kommt**
- 34 **Mitmachen & Alle Berliner Bündnis 90/Die Grünen Adressen**



**Auf 2014  
Alles Gute zum Neuen Jahr!  
Vielleicht feiert ihr gleich im  
passenden Outfit...**

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Ergebnis der Bundestagswahl ist hinter unseren Erwartungen zurück geblieben. An der Spitze der Partei haben neue Menschen Verantwortung übernommen, und es wird viel diskutiert. Analyse und Konsequenzen des Wahlergebnisses, auch und gerade für Berlin, sind Schwerpunkt in diesem Heft. Die Debatte im Landesausschuss auf der Sitzung nach der Wahl haben wir in Schlagworten zusammengefasst und auf der Titelseite aufbereitet. Unserem Aufruf, sich in die Debatte einzumischen, sind eine ganze Reihe von Grünen gefolgt - das Ergebnis findet Ihr auf den folgenden Seiten.

Ein Knackpunkt im Wahlkampf war zweifelsohne die Pädophiliedebatte. Unser Landesverband wird sich der Verantwortung zur Aufarbeitung stellen. Die Landesvorsitzenden und Thomas Birk, MdA, haben für uns aufgeschrieben, wie dieser Prozess laufen soll. Da die Debatte in den 80er und 90er Jahren nicht zuletzt in den „Stachligen Argumenten“ geführt wurde, werden wir uns als Redaktion an diesem Prozess beteiligen und weiter berichten.

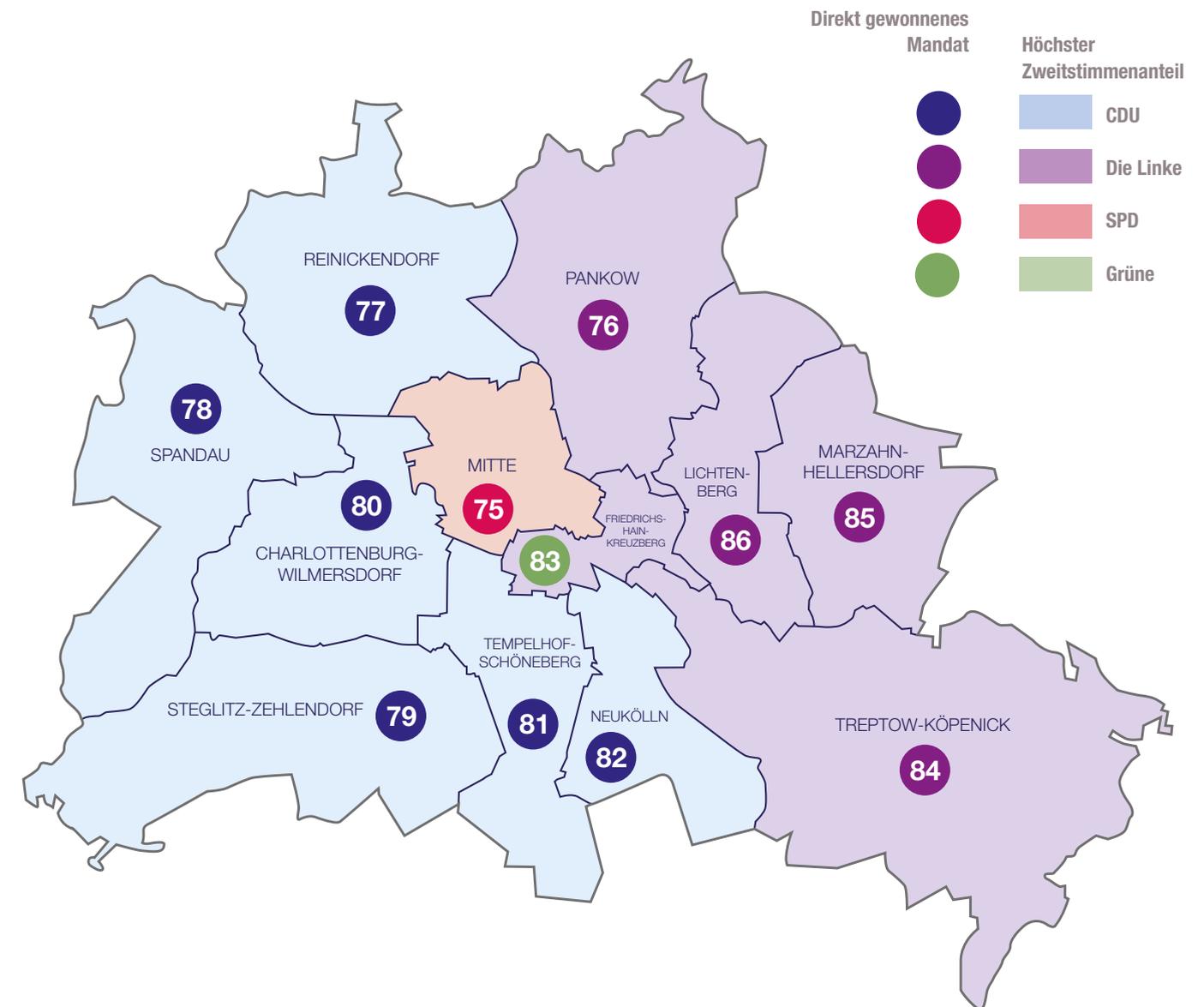
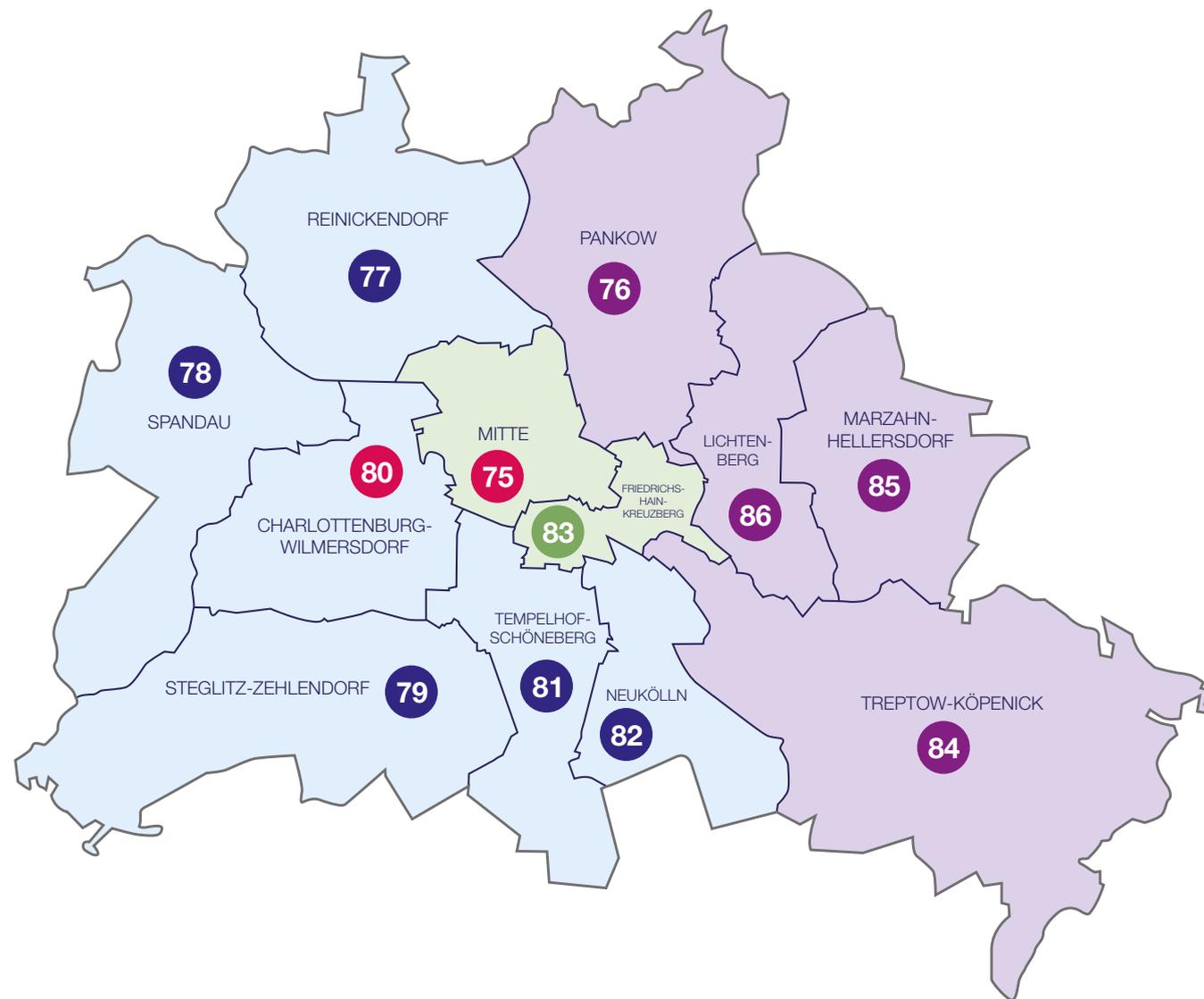
Nach der Wahl ist vor der Wahl: Im Mai stehen die Europawahlen ins Haus. Die europäischen Grünen starten dazu erstmals eine europaweite Vorwahl der europäischen, grünen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten. Mehr dazu in diesem Heft.

Bischof Tebartz-van Elst hat eine Diskussion über die Finanzierung der Kirchen ausgelöst. Wir starten die grüne Debatte mit einem ersten Beitrag und laden ein, uns weitere Meinungen dazu zu schicken. Außerdem bewerten wir das Ergebnis des Volksentscheids Energie und stellen Euch vor, der Landesverband in Sachen Genderpolitik unternimmt.

Viel Spaß beim Lesen, Und wie immer freuen wir uns über Rückmeldungen: [stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de)

Uta Belkuis, Matthias Tang

## Direktmandate und jeweils höchster Zweitstimmenanteil in den Bundestagswahlkreisen von Berlin



# 2009

# 2013

### Bundestagswahl 2013 – Fokus Berlin

Quellen hier und auf folgenden Seiten  
[www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de)  
[www.spiegel.de/politik/deutschland/wahl...](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahl...)

#### Zumindest einiges kann sich bei dieser Bundestagswahl 2013 sehen lassen:

- Die Wahlbeteiligung in Berlin liegt mit 72,5% über der Wahlbeteiligung im bundesdeutschen Durchschnitt mit 71,5%.
- In absoluten Zahlen waren 1,82 von 2,5 Mio. Berliner Wahlberechtigten wählen.

#### Eine steigende Politikverdrossenheit lässt sich 2013 nicht bescheinigen.

- Zum Vergleich: Die Wahlbeteiligung in Berlin lag 2009 bei 70,9%, 2013 bei 72,5%.
- In jedem Bezirk ist die Wahlbeteiligung angestiegen. Im bundesdeutschen Durchschnitt von 70,8% 2009 auf 71,5% in 2013.

- Der Wahlkreis mit der höchsten Wahlbeteiligung in ganz Deutschland ist Steglitz-Zehlendorf (79) mit 79,8% - ein vorzeigbares Ergebnis im Vergleich zum Wahlkreis mit der geringsten Wahlbeteiligung Deutschlands: Harz (68) mit nur 58,9%.

- Auch Marzahn-Hellersdorf, obwohl der Bezirk mit der geringsten Wahlbeteiligung Berlins (65,1%), hat sich im Vergleich zu 2009 um 1,7% verbessert.

# Von der Zukunft gezogen?

Renate Künast, MdB

**Was waren das für Höhenflüge zu Beginn der Letzten Wahlperiode, als Merkel und Westerwelle die Laufzeiten der AKWs wieder verlängerten. Mit wie viel Verve sind wir los gezogen, um neue Wählerschichten anzusprechen und zu erreichen? Was waren das für Umfragehochs nach dem Unfall von Fukushima. Und dann nur 8,4 Prozent am 22. September.**

**Wir waren alle enttäuscht. Aber nun gilt es mit klarem Verstand und kühlem Kopf zu analysieren und unsere Hausaufgaben zu machen. Ein paar Überlegungen dazu:**

**Erklärter Wille: in der Mitte zulegen**  
Wir sind zwar aufgebrochen mit dem erklärten Willen in der Mitte zuzulegen. Ich fürchte, diese Ambition hat sich nicht in unserem Wahlkampf niedergeschlagen. Weder in der Form, noch im Inhalt. So haben wir übersehen, dass theoretische Willenserklärungen - Steuerreformen, Ehegattensplittung abschmelzen, Beitragsbemessungsgrenze herauf setzen etc. - sicherlich ernst gemeint sind, aber trotzdem Ängste auslösen. Denunzierbar sind.  
Seit dem Programmparteitag kam uns doch der Vorwurf entgegen, „Ihr seid nur ideologisch, wollt nur unserer Geld“. Die gewollte Verwendung der Mittel wurde öffentlich kaum noch wahr genommen. Von Versuchen, die wertegeleitete Mitte zu erreichen, kaum eine Spur.  
Dafür sprachen andere über die Sorgen der Menschen. Unternehmen begannen die Kampagne gegen eine Vermögensabgabe. Das Argument, es komme zu

einer Substanzbesteuerung, hatten wir leider schon selbst geliefert. Dazu kam, dass uns selbst die Familienunternehmen nicht den Gefallen taten, mit egoistischen Interessen zu argumentieren. Sie verwiesen auf die Gefährdung von Arbeitsplätzen.  
Und die wertegeleitete Mitte, die wir gewinnen wollten, zog den Taschenrechner zu Rate und merkte oder glaubte zu merken, das geht am Ende nicht spurlos an meiner Familie vorüber. Aus dem Ziel, in diesem Wahlkampf sind wir besonders ehrlich, wurde eine immer stärker werdende Belastungsdebatte. Wurde eine Verunsicherung.  
Man merke: es ist sicher richtig seine politischen Ideen mit einer Gegenfinanzierung zu versehen. Aber offenbar ist es falsch damit offensiv Wahlkampf zu betreiben.

**Energiedebatte drang nicht durch**  
Die Energiedebatte und das grüne Konzept drangen trotz diverser Versuche nicht durch. Alle anderen Parteien haben das Thema gemieden, weil es am Ende nur grüne Klientel mobilisiert. So blieb von uns die technische und unverständliche Debatte über Kapazitätsmärkte und Marktdesign, sowie die Verteidigung gegen die Hetze, die Erneuerbaren seien verantwortlich für die Strompreise. Wir haben uns - auch hier - nicht so aufgestellt, dass eine normale Familie den Eindruck haben musste, wir denken an ihre Alltagssituation. Fachleute allerdings, die fanden unsere intensiv durchdachten Konzepte (zu Recht) gut. Damit kommt man aber im Ergebnis nicht über die Kernklientel hinaus. Ein Grundmuster!

Und die NSA-Affäre? Wir haben da einige gute und anerkannte Akteure national und europäisch, konnten unsere Unterstützer halten (das hätte auch viel stärker zugunsten der Piraten ausgehen können), aber mehr auch nicht. Unverständlich angesichts des Ausmaßes der systematischen Ausspähung und Missachtung von Bürgerrechten. Mag sein, es war auch nicht mehr drin, denn die Empörung der potentiellen Bespitzelung aller User war bedeutend kleiner als die über das „Merkelphone“.

**Zum bitteren Ende: die Pädophiliedebatte**  
Und zum bitteren Ende die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte: Pädophilie (siehe Seite 20). Am Beginn nicht gut aufgeklärt in den eigenen Reihen, zu viele Verteidigungsversuche und dann ein eklatanter Mangel an klarer Aussage: Das war ein unverzeihlicher Fehler, denn einvernehmliche Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen kann es nicht geben. Und historische Hinweise auf das Sexualstrafrecht von damals sind von heutigen Eltern logischerweise nicht gewollt. Nein, wir sind über Wochen damit nicht verantwortungsvoll genug umgegangen. Viele warteten auf eine glasklare Aussage der Grünen, die einfach lautet: Das war ein kapitaler Fehler und wir schämen uns!

Ach ja, dann noch der Veggie-day. An sich trivial, denn die Abschaffung der Massentierhaltung und ein verantwortungsvoller Konsum ohne Raubbau gehen nicht ohne Veränderung. Doch es wurde zur Andockstelle, um den

Grünen die „Verbotspartei“ wieder anzuhängen. Und ehrlich: was hat uns eigentlich geritten, die Debatte über Massentierhaltung in die Engführung zu bringen, dass exakt am Donners-tagmittag vegetarisch zu essen sei? Im letzten Bundestagswahlkampf nutzten wir noch das Wort „Freiheit“!

**Fazit: in alle Richtungen verloren.**  
Das kommende Jahr müssen wir nutzen, um aufzuarbeiten. Aus einem solchen Prozess kann auch eine Unterstützung sowohl der Europa- als auch der Landtags- und Kommunalwahlen werden.

Beim Thema Pädophilie liegt die Aufgabe auf der Hand. Aber die Frage, warum wir als Verbotspartei oder als Besserwisserpartei denunziert werden können, bedarf auch einer Antwort. Unser Ziel, in Zeiten abnehmender Parteienbindung mehr als die Kernklientel dauerhaft zu erreichen, erfordert bei uns eine Veränderung!

Ist es richtig, stets bis ins allerletzte Detail die Umsetzung unserer Werte und Ziele durchzudeklinieren? Ist das die Umsetzung der Bürgerbeteiligung, die wir von anderen fordern? Während um uns herum andere Parteien Wahlkämpfe mit Werten und Gefühlen machen, vergessen wir selbst die Erzählung dahinter, vermitteln keine Werte mehr, aber jede Menge Kleingedrucktes.  
Dabei bräuchten wir sogar mehr als eine Politik des Gehörtwerdens, nämlich das Angebot des Mitgestaltens. Vor uns liegt die Aufgabe, den Kern der Marke Grün neu darzustellen. Glaubwürdig. Konsequent. Kreativ. Fröhlich. Zwei Säulen könnten das sein. Erhalten, was uns erhält, als Motto für eine ökologische Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft. Und die Entwicklung einer Agenda für die



Bürgerrechte des 21. Jahrhunderts. Loyal zu unseren Zielen und Werten, aber bereit über Werkzeuge und Schritte mit allen zu diskutieren, zuzuhören.

**Neue Entwicklungsphase**  
Sicherlich einfacher gesagt als getan, angesichts der Mehrheiten. Aber wir haben schon andere schwierige Situationen gemeistert. Als wir 2005 nach sieben Jahren Bundesregierung wieder in der Opposition landeten, haben wir der Gefahr widerstanden, das Pendel in die entgegengesetzte Richtung ausschlagen zu lassen. Wir sind loyal gegenüber unserer Regierungsbeteiligung - unseren Fehlern, aber auch den Erfolgen - geblieben.  
Jetzt beginnt eine weitere Entwicklungsphase der Grünen. Und angesichts der starken Vertretung in Landesregierungen muss es auch eine Neuaufstellung der Kooperation geben. Im Bundesrat sitzen fortan lauter Ministerpräsidenten (CDU und SPD), die

bei Koalitionsverhandlungen oder in Koalitionsausschüssen schon eingebunden wurden.

Wie wollen wir unsere Regierungsbeteiligungen nutzen für grüne Politik? Verantwortlich in den Ländern, gemeinsam im Bundesrat und mit der Bundestagsfraktion? Das fordert uns heraus, respektvoll und langfristig vorbereitet zu sein. Sonst enden wir nur als unkoordinierte Kritiker, die einem Bollwerk vom Bundestag bis Bundesrat machtlos gegenüber stehen. Wir Berliner haben ein Interesse, dass die Kooperation so gut organisiert ist, dass auch Landesverbände ohne Regierungsbeteiligung einbezogen werden.

Also: Kein „Weiter so“. Später soll man über uns sagen: Sie haben sich auf den Weg gemacht die Menschen mit all ihren Lebensentwürfen und Sorgen in der Mitte zu gewinnen. Und sie wurden „von der Zukunft gezogen“.

## Wahlergebnis

### Zweitstimmen 2013 + Differenz 2009

CDU	28,5 %	+5,7 %
DIE LINKE	18,5 %	-1,7 %
SPD	24,6 %	+4,4 %
GRÜNE	12,3 %	-5,1 %

FDP	3,6 %	-7,9 %
PIRATEN	3,6 %	+0,2 %
AfD	4,9 %	0 %

### Wer sind die grünen Gewählten:

- Hans-Christian Ströbele**, WK 83, Direkt (Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost)
- Renate Künast**, Platz 1 Liste
- Özcan, Mutlu**, Platz 2 Liste
- Lisa Paus**, Platz 3 Liste

### Wahl Hans-Christian Ströbele

- Gewählt mit 39,9% der Erststimmen
- In absoluten Zahlen haben ihn 66 056 Wahlberechtigte gewählt.
- Der Vorsprung zur Zweitplatzierten Cansel Kiziltepe (SPD) betrug 21,9 Prozentpunkte bzw. 36 257 Wählerstimmen.

# Wie Wahlkampf funktioniert

Interview mit Robert Heinrich,  
Wahlkampfmanager 2013, Bündnis 90/Die Grünen  
Nov 2013, Uta Belkius

**In Zeiten größter Selbstkritik; Was war gut in unserem Wahlkampf?** Wir haben uns zum Beispiel mehr Beteiligung getraut. Dank Urwahl und Mitgliederentscheid konnte die Basis über Personal und Themen bestimmen. Das hat dazu geführt, dass die Partei auch dann noch mobilisiert war, als uns der Wind schon scharf ins Gesicht blies. Außerdem haben wir es zum ersten Mal geschafft, einen wirklich schlagkräftigen und reichweitenstarken Wahlkampf im Internet zu führen - mit Millionen Wählerkontakten in der letzten Woche. Ohne diese Mobilisierung und diese Reichweite wäre das Wahlergebnis noch schlechter ausgefallen.

**Wie lief das alles?** Ab Ende 2011 wurden die ersten Strukturentscheidungen getroffen. Insgesamt folgte der Wahlkampf einem langfristigen Plan. Die Schwäche der Kampagne war, dass schon zu viele Pflöcke eingeschlagen waren, als wir im Sommer in die Defensive gerieten. Zu Beginn des Wahljahres beschrieb der Politikwissenschaftler Joachim Raschke die Stimmung im Land ambivalent als „sorgenvolle Zufriedenheit“. Im Laufe des Jahres nahmen die Sorgen ab, und die Zufriedenheit wuchs. Unsere Strategie baute aber im Wesentlichen auf einer Veränderungsbotschaft auf. Wir wollten die breiten gesellschaftlichen Mehrheiten für unsere Themen in Wählerstimmen umwandeln: Wer eine bessere Energiewende, mehr Gerechtigkeit oder eine modernere Gesellschaftspoli-

tik will, muss Grün wählen. Zweiter Teil der Strategie war es, deutlich zu machen: Angela Merkel ist trotz eines präsidentialen Stils für die schlechte Bilanz ihrer Regierung verantwortlich. Das hat nicht funktioniert.

**Kann man während des Prozesses nicht noch einmal umschwenken?** Das ist eine der Fragen, die mich im Rückblick sehr beschäftigt. Hätte man im Mai nochmal umsteuern und eine neue Kampagne aus dem Boden stampfen können? Ja. Hätte das etwas geändert? Weiß ich nicht. Tatsache ist: Als die Kampagne ab August die Wählerinnen und Wähler erreichte, hatte sich bereits ein grünes Negativimage verfestigt, zu dem unsere Strategie und auch die Kampagne nicht mehr so recht passte. Einen fahrenden Zug kann man nur aufhalten, wenn jemand die Notbremse zieht. Dazu waren die Umfragen zu lange zu gut – trügerisch gut, sage ich im Rückblick. Im Juli hatten wir ja noch ein gefühltes Zwischenhoch: Euro-Hawk und NSA brachten die Regierung in die Defensive. Erst als im August die zweite Angriffswelle auf unser Steuerkonzept rollte, die Pädophilie-Debatte durch neue Veröffentlichungen wieder aufflammte und dann auch noch der Veggie Day kam, als zudem die rot-grüne Machtoption immer unwahrscheinlicher wurde, brachen die Umfragen ein. Da war die Kampagne schon auf der Straße und wir sind selbst massiv in die Defensive geraten. Auf eine solche Abwehrschlacht waren wir nicht ausreichend vorbereitet



**Die Defensive hat viele verwundert. Wieso setzten wir nicht aktiv unsere Themen? Die Atomfrage ist längst nicht gelöst, die Energiewende bedarf Aufmerksamkeit...**

Sicher hätten wir das Energiethema konsequenter und früher zuspitzen müssen. Weg von Details, zurück zur Systemfrage. Schmutzige Dinosaurierenergie gegen saubere Zukunftsenergie. Fakt ist aber: Man hat als kleine Oppositionspartei in einem Wahlkampf nur einige wenige Gelegenheiten, eigenständig Themen zu setzen. Diesmal gelang nicht einmal das, weil bei all diesen Gelegenheiten unsere Kommunikationskanäle durch Defensivaufgaben verstopft waren. So wurde der Programmparteitag – eins der wichtigsten Kommunikationsereignisse des Wahlkampfes – von einer Steuerdebatte überschattet, die uns aufgezwungen wurde. Und die letzte Wahlkampfwo-



aus der Kampagne, © Die Hirschten

che stand nahezu vollkommen im Bann der Pädophilie-Debatte. Da müssen wir dann nicht mehr über Agenda-Setting reden, sondern nur noch über Krisenkommunikation.

**Ist Negativcampaigning – heute en vogue und auch wir betrieben es ausführlich – direkt auf uns zurückgefallen?** Attacke gehört zum Wahlkampf dazu. Rückblickend glaube ich aber, dass wir im Wahlkampf zu viel Ressourcen auf Attacke konzentriert haben und zu wenig auf die eigenen Botschaften und die Defensivarbeit. So hat die von der Basis gelobte Schwarz-Weiß-Kampagne zwar am Bauzaun und als PR-Stunt gut funktioniert. Bei den Großflächenplakaten wäre ich in Zukunft aber zurückhaltender.

**Was würdest Du beim nächsten Mal anders angehen?** Mehr Risikoanalyse vor dem Wahlkampf. Ein besseres Zusammenspiel von Programmarbeit und Kampagnenentwicklung. Eine laufende Überprüfung der Strategie und der Kampagne im Wahlkampf – verbunden mit dem Willen und der Möglichkeit zur Anpassung. Noch mehr Fokus auf die Vermittlung von Werten und Zielen, auf Botschaftsentwicklung, auf Geschichten, Bilder und Emotionen. Und einiges mehr. Allerdings ist jeder Wahlkampf anders, und deshalb werden in jedem neuen Wahlkampf neue Fehler gemacht.

>> spannende Texte zum Wahlkampf  
\_ **Das Hochamt der Demokratie – Wahlkampfstrategien 2013** – Konferenzmitschnitt auf: [www.boell.de](http://www.boell.de)  
\_ **Höllennritt Wahlkampf** – Frank Stauss dtv, 2013 (Hintergründe zu vielen SPD-Wahlkämpfen auch 2011 in Berlin!)

**Zahlen und Fakten zum Haushalt**  
Benedikt Mayer, Bundesschatzmeister  
Bündnis 90/Die Grünen

Wir haben bei der Bundestagswahl 2013 ca. 950 000 Stimmen weniger bekommen als in 2009. Im Parteiengesetz ist geregelt, dass es pro Stimme 0,70 Euro p.a. in der staatlichen Grundfinanzierung gibt. Für uns Grüne sind das also als Gesamtpartei 665 000 Euro pro Jahr weniger als in den letzten vier Jahren. Den Bundesverband treffen davon 30% (= 200 000 Euro p.a.). Die Gesamtheit der Untergliederungen bekommt damit 465 000 Euro weniger.

Der Wahletat des Bundesverbandes betrug für die BT-Wahl 2013 rund 5,5 Mio Euro. Davon stammten ca. 4 Mio aus den Rücklagen. Der Rest kam aus Spenden und Beteiligungen der Untergliederungen (Plakat-Kosten, Medien-Buchungen usw.) In dieser Höhe wird es 2017 bei der spätestens dann notwendigen BT-Wahl also keine Rücklagen geben: der Bundesverband wird dann wahrscheinlich ca. 600 000 Euro weniger aufbringen (ca. 12% weniger).

Die nächste Hürde wird die Europawahl 2014 werden. Da gilt es hart zu arbeiten, um die 12% von 2009 wieder zu bekommen. Allein um die SchatzmeisterInnen ruhig schlafen lassen zu können, lohnt sich also der Einsatz im Frühjahrswahlkampf 2014!

## Wahlergebnisse in Berlin

Die 5 grünen Bezirke (Zweitstimmen Bezirke + Verhältnis zu 2009 in %):

Friedrichshain-Kreuzberg	22,2	-7,0
Mitte	16,7	-5,3
Tempelhof-Schöneberg	15,4	-6,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	15,1	-6,5
Pankow	14,4	-5,7

5 grünen Berliner Bundestagswahlkreise

83 Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	20,8
75 Mitte	16,7
80 Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	15,4
81 Berlin-Tempelhof-Schöneberg	15,4
76 Berlin-Pankow	14,1

die Top 5 Grünen-Wahllokale Berlins

103, Hobrechtstr. 76	32,0%
104, Hobrechtstr. 76	31,4%
115, Urbanstr. 21	31,3%
101, Hobrechtstr. 76	31,2%
102, Hobrechtstr. 76	31,2%

## Eine Partei für die ganze Stadt

Silke Gebel, MdB, KV Mitte  
Nina Stahr, KV Steglitz-Zehlendorf  
Bartosz Lotarewicz, KV Lichtenberg

Bündnis 90/Die Grünen werden allorts mit dem Thema Ökologie verbunden, bei dem wir die höchste Glaubwürdigkeit haben. Wir müssen klar für diese Stadt aufzeigen: Ob bei Arbeitsplätzen, sozialer Gerechtigkeit oder Lebensqualität: It's the ecology, stupid! Umweltgerechtigkeit ist eins der großen sozialen Themen in einer Metropole wie Berlin. Berlins Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz ist aber weit hinter dem, was möglich ist. Insbesondere gemessen an der Vorzeigefunktion, die diese Stadt als Deutschlands größte Metropole hat. „Der Klimawandel kommt, egal welche Farbkonstellation gerade regiert.“

**Grüne Regierungsbeteiligung ist entscheidend** Entscheidend im Wahlkampf ist die Botschaft: Nur mit grüner Regierungsbeteiligung wird endlich etwas getan, um den Klimawandel aufzuhalten. Wir müssen den Menschen wieder bewusst machen, was auf dem Spiel steht – und dass es das dringend nötige Umsteuern und Umdenken, aber auch mehr Lebensqualität in der Stadt, nur mit einer grünen Regierungsbeteiligung geben wird. Um diese Regierungsbeteiligung zu erreichen, müssen wir aber auch die Bereitschaft zu Koalitionen wieder stärker betonen und diese ernsthaft und an den Inhalten orientiert anstreben. Mit dem einseitigen Ketten an eine schwächelnde SPD, die mit der CDU flirtete und einen Dreier mit der Linken ausgeschlossen hatte, standen wir ziemlich alleine da. Aus

diesem toten Winkel, kommen wir nur heraus, wenn wir diese Farbenspielchen verlassen. Denn grüne Politik macht sich nicht an Lagergrenzen fest, sondern an der Sache. Wir müssen es endlich durchhalten, vor, im und nach dem Wahlkampf unser eigenes Programm zu vertreten. Koalitionen sind keine Liebesheirat, sondern zeitlich begrenzte Zweckbündnisse. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung, können wir unsere Inhalte umsetzen. Und das erwarten auch die Wählerinnen und Wähler von uns.

Mit Urabstimmung und Mitgliederentscheid haben wir starke Mitbestimmungsmöglichkeiten genutzt, um die Richtung der Kampagne zu prägen. Die Rolle dieser Mitgliedervoten nach der Wahl ist jedoch unklar. Wenn wir basisdemokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen – dann dürfen diese kein Placebo sein. Wären wir dem Mitgliedervotum gefolgt, dann hätten die Energiewende und die Abschaffung der Massentierhaltung im Mittelpunkt gestanden – nicht das Steuerkonzept. Zukünftig muss solch ein Instrument aber früher stattfinden, um in die Kampagne einzufließen oder später, um den Wahlkampfendspurt mitzuprägen. Drei Monate sind im Wahlkampf eine zu lange Zeitspanne. In den meisten Berliner Bezirken bilden wir, teilweise schon seit Jahren, Zählgemeinschaften sowohl mit der SPD, aber auch mit der CDU, oder gar mit beiden und setz(t)en dort grüne Inhalte um. In den östlichen Bezirken haben wir noch viele Potenziale, wir müssen dort wachsen, ohne unsere Basis in der Mitte außer Acht zu lassen. Das bedeutet, sich programmatisch auch mit den Themen außerhalb des S-Bahn-Rings stärker zu befassen und Mitgliederwerbung und –förderung in den Mittelpunkt zu stellen.

## Grüne Niederlage als Chance

Harald Moritz, MdB, Bundestags-Direktkandidat Treptow-Köpenick  
Katrin Schmidberger, MdB KV Friedrichshain-Kreuzberg

Wir haben unsere Wahlziele verfehlt und waren zu Recht darüber enttäuscht. Viele von uns haben monatelang engagiert für den grünen Wandel gekämpft. Wir sollten diese Niederlage aber als Chance begreifen. Die Fehler vor und während des Wahlkampfes sind vielschichtig – neben strategischen sind vor allem auch kommunikative Mängel anzubringen. Es ist uns nicht gelungen unsere Kernthemen überzeugend in der Öffentlichkeit zu platzieren. Stattdessen wurde die Debatte über Teile unseres Wahlprogramms, Beispiel Steuerpläne, von den Außen bestimmt. Neben Baden-Württemberg haben wir in Berlin besonders viel Zustimmung verloren. Und gerade in den Außenbezirken sind wir nach wie vor schwach.

**Kein Grund zur Programmrevision** Inhaltlich sind wir zwar gut aufgestellt. Das Wahlergebnis ist kein Grund, unser Programm in Frage zu stellen. Was uns aber im Bereich der Sozialpolitik immer noch fehlt ist die Glaubwürdigkeit. Wir haben nach der rot-grünen Bundesregierung auf den sozialpolitischen Feldern Fehler aufgearbeitet, aber die Leute haben es uns oft noch nicht abgenommen. Wir müssen unsere sozial- und wirtschaftspolitischen Ideen und Konzepte deutlicher auf die Lebenswirklichkeit der Menschen herunter brechen und beweisen, dass wir für die ganze Stadt eintreten. Gerade bei der Energiewende haben wir zu wenig betont, dass wir sie auch als soziale

Gerechtigkeitsfrage begreifen – ein Vorwurf der uns vor allem in den Außenbezirken gemacht wurde. Soziale Gerechtigkeit, Kinder- und Familienpolitik, Armutsbekämpfung und Arbeitsmarktpolitik - das sind die relevanten Themen für Wählerinnen und Wähler jenseits der grünen Kernklientel. Wir müssen die Partei sein, die fair verteilten Wohlstand und grüne Ökonomie zusammen denkt.

**Verbotspartei-Image hat geschadet** Auch das Image der „Verbotspartei“ hat uns sehr geschadet. Gerade in einer hedonistisch-liberalen Stadt wie Berlin kommt es eben nicht gut, wenn grüne Politik moralischer daherkommt als die Kirche – oder zumindest so dargestellt wird. Das dürfte auch ein Grund für den Erfolg der Piraten im Wahljahr 2011 sein. Wir als emanzipatorische Kraft wollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen doch so ändern, dass individuelle Rechte gestärkt werden. Daher haben wir viele gesellschaftliche Veränderungen (Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik oder der Lesbisch-schwulqueeren Politik) mit erkämpft und versuchen diese weiter voran zu treiben.

Die Art der Kommunikation und direkten Ansprache müssen wir wirklich verbessern. Aber unsere Sprache bzw. unser Habitus waren an vielen Stellen zu akademisch. Wir sind eine Konzeptpartei und werden daher immer komplizierte Sachverhalte zu erklären haben. Man muss aber schon vermitteln, worum es im Kern geht ohne sich im Klein-Klein zu verlieren. Außerdem gelang es uns noch nicht, unsere strukturellen Probleme in den Außenbezirken zu überwinden. Es gilt unser dortiges Potential besser zu nutzen. Dies wird nur langfristig gelingen, wenn wir uns als Landesverband ge-



meinsam darauf konzentrieren. Notwendig sind spezielle Mitgliederkampagnen, die besondere Förderung von Frauen, personelle Kooperation und die Unterstützung von öffentlichen Aktivitäten. Die vom Landesverband angebotene Info-Tour ist ein richtiger Ansatz, der aber konzeptionell ausgebaut und verstetigt werden sollte. Packen wir's an!

## Die Richtung wechseln

Jochen Esser, MdB,  
KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Vor zwei Jahren haben wir nach der Berliner Wahl bis an den Rand der Spaltung gestritten, ob das Glas halb voll oder halb leer gewesen ist. Diesmal gibt es nichts zu streiten. Nach der Bundestagswahl ist das grüne Glas fast leer. 2011 wurde moniert, die Öffnung zur Bevölkerungsmehrheit habe Stammwähler verprellt. Jetzt wissen wir, dass es sich entschieden schlechter anfühlt, wenn stattdessen die Wechselwähler in Scharen zu CDU und SPD überlaufen und uns in Richtung Kernwählerschaft schrumpfen.

**Selbstkritik bislang oberflächlich** Aber lernen wir genug daraus? Ich habe da meine Zweifel. Die Selbstkritik wirkt bislang oberflächlich. Und sie bleibt nebulös, solange unter den verwendeten Begriffen von „Eigenständigkeit“ bis „Bevormundung“ höchst Unterschiedliches verstanden wird. Auf einmal wollen es alle gewusst haben: In Zukunft werden wir die Dinge in der richtigen Reihenfolge sortieren: ökologisch, freiheitlich, sozial! Folgenlos beschlossen haben wir das schon öfter. Hält die gute Absicht der nächsten Anfechtung stand? Ich glaube nicht daran, solange viele von uns die Agenda 2010 für durchweg neoliberal halten und zwei Drittel aller Deutschen für bescheuert, weil sie in den rot-grünen Reformen den tieferen Grund des heutigen Wohlergehens sehen.

Nie wieder Bratwurst verbieten und Sex mit Kindern tolerieren! Das sagen jetzt alle. Doch den Übertrag der Lehre auf andere Herzensthemen möchten viele vermeiden. Die fatale Mischung →

### ➤ Berliner Wählerverhalten

Die GRÜNEN waren vor allem stark in Wohngebieten mit hoher Kirchengliederung erfolgreich. Zusammenhang zwischen Kirchengliederung und Zweitstimmenanteilen ist aber vor allem im Ostteil Berlins deutlich.  $r = 0,92$  ( $r$  = Korrelationskoeffizient, kann Werte zwischen -1 und +1 annehmen. Ein

positiver Wert bedeutet, dass Partei in Gebieten mit hoher Ausprägung des Indikators auch hohe Wahlergebnisse erzielt. Ein negativer Koeffizient, = bei hoher Ausprägung des Indikators das Wahlergebnis gering ausfällt; nahe Null = kein linearer Zusammenhang“. [www.wahlen-berlin.de/wahlen/BU2013](http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BU2013)

in Gegenden mit älteren WählerInnen ab 65 Jahre unterdurchschnittlich > sowohl in Berlin-West als auch Ost  $r = -0,59$   
Gegenden mit einem hohen Anteil an Personen aus den mittleren Altersgruppen (30 bis unter 65 Jahre) von GRÜNEN-WählerInnen am stärksten vorgezogen (Ost 0,61, West 0,75)

in Wahlgebieten mit hoher Wohndauer ein negativer Zusammenhang im Ostteil (-0,63) stärker als im Westteil (-0,24).  
In Berlin-Ost wurden häufiger gewählt, wenn der Ausländeranteil im Wohngebiet ebenfalls ein höherer war (0,59). Im Westteil betrug die positive Korrelation noch (0,42).

Fortsetzung

aus moralischem Hochmut gegenüber den Normalos und zuweilen falscher Toleranz gegenüber Minderheiten ist leider Teil der grünen Genetik und besonders schwer zu ändern. Erst wenn „mainstream“ bei uns kein Schimpfwort mehr ist, mag ich daran glauben, dass aus den Grünen eine politische Partei geworden ist, die Mehrheiten gewinnen möchte, um das Land tatsächlich zu verbessern.

### Rückfall in eine strategische Partnerschaft mit der SPD

Bereits am Wahlabend betonten alle: Farbenspiele und Lagerpolitik sind nicht die Antwort auf unsere Probleme! Und alle beteuerten flügelübergreifend ihre Offenheit zur CDU. Schon bei den Sondierungsgesprächen war nicht mehr viel davon zu sehen. Der Rückfall in die strategische Partnerschaft mit der SPD war ja kein Versehen, sondern ist aus einer „Links-Rechts-Denke“ entstanden, die vorn und hinten nicht unterscheiden will. Dabei wird übersehen, dass die SPD nach dem parteiinternen Aufstand gegen die Modernisierer nicht nur linker sondern auch traditionalistischer geworden ist. Die SPD hat sich „entgrünt“. Was einst mit der Dachlatte daherkam, sieht heute linker aus, wird dadurch aber nicht besser. Parteipolitisch ist es um die Grünen einsamer geworden. CDU und SPD haben jederzeit die Option, uns vom Regieren auszuschließen, indem sie auf einer Infrastruktur- und Industriepolitik von vorgestern beharren. Wenn sie es denn wollen. Dagegen helfen nur gute Wahlergebnisse – möglichst auf Augenhöhe mit den vermeintlich Großen. Und dafür sind die Chancen immer noch gut. Mit ihrem linkstraditionalistischen Kurs hat sich die SPD in den 25

Prozent Turm gesperrt und die neue Mitte preisgegeben. Die aber bildet inzwischen die sozial und kulturell größte Bevölkerungsgruppe. Sie hat den grünen Aufschwung vor zwei, drei Jahren getragen und könnte in härter werdender Konkurrenz zur CDU auch wiedergewonnen werden, wenn wir die Lehren aus der Wahlniederlage beherzigen. Mit einer auf die neue Mitte ausgerichteten linksbürgerlichen Politik, die im Einzelnen noch zu buchstabieren wäre, bekäme das totgeritene Wort der „Eigenständigkeit“ wieder Inhalt und strategischen Sinn. „Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann“, meinte Bertholt Brecht. Also los!

## Grüner Aufbruch: Lernen aus Fehlern

Ralf Tils, (APOS)  
Agentur für Politische Strategie

Normalerweise stehen die Grünen in Wahlkämpfen für eine ökologische, soziale und libertäre Politik. Bei der Bundestagswahl 2013 standen sie vor allem für: Steuererhöhungs-, Verbots-, Täterpartei. Wie konnte es dazu kommen? Und wie kommen die Grünen da wieder raus? Nicht alles, was zum realen Verlust von etwa einer Millionen Stimmen gegenüber 2009 beigetragen hat, konnten die Grünen selbst beeinflussen. Zu den gegen sie wirkenden Umständen gehörten, unter anderem: Die Popularität der Kanzlerin Angela Merkel, auch in der grünen. Ihre Politik des Euro-Egoismus, die von der Mehrzahl der Deutschen in selbstgerechter Grundhaltung befürwortet wurde. Und schließlich

die ökonomische Lage in Deutschland, die bei den Menschen das Sorgenvolle verdrängte und die Zufriedenheit wachsen ließ. Alles zusammen schuf ein sicherheitsorientiertes Keine-Experimente-Gefühl in der Wählerschaft, gegen das die gesamte Opposition – nicht nur die Grünen – keine Mittel fand.

Aber es gab auch substantielle Fehler. Überschätzt haben die Grünen ihre eigene kommunikative Kraft als Kleinpartei. Das gilt vor allem für die Steuerfrage. Das Problem bestand in der unübersichtlichen Kumulation von Steuererhöhungen (vor allem in Verbindung mit dem Ehegattensplitting). So kam es – gegen den eigenen Willen – zu der öffentlichen Wahrnehmung, dass die Grünen ihre Prioritäten vertauscht haben: Soziales an erster Stelle, noch vor der Ökologie. Dabei ist die Erwartung genau umgekehrt. Die verdrehte Wahrnehmung wurde zur politischen Tatsache. Überschätzt haben die Grünen auch die Mobilisierungsfähigkeit des Themas Energiewende. Der Verlust der großen Ja-Nein-Frage Atomenergie wog schwer. Für die Ökologie fehlte den Grünen nach dem Atomausstieg ein einfaches und zündendes Thema. Die Energiewende erwies sich als zu komplex und drohte stets auf Fragen von Strompreis und Managementfehlern reduziert zu werden. Will man in Zukunft besser dastehen, müssen mobilisierungsfähigere Ökologiethemen identifiziert werden.

Unterschätzt dagegen hat die Partei die Wiederaufbarkeit grüner Alt-Stereotypen. Das war zum einen der ja an sich harmlose Vorschlag eines Veggie Day. Die Anmutung eines bindenden Eingriffs in die individuelle Lebensführung

stand quer zu libertären Wertorientierungen der Grünen und war durch eine Verbotspropaganda in grünen Randwählerbereichen leicht zu diffamieren. Die Pädophilie-Debatte hatte dann, neben ihrer inhaltlichen Berechtigung, die Funktion, endlich und ein für alle Mal zu beweisen, dass die Grünen nicht die „besseren Menschen“ sind. Unterschätzt wurde auch, wie leicht die lose angebotenen Grünen-Sympathisanten ihnen bei harten Wahlentscheidungen wieder abhandeln können. In dieser Gruppe des erweiterten Potentials gab es diesmal zu wenig positive Anreize für eine Grün-Wahl, aber viele diffuse Befürchtungen.

Aufgabe der Grünen ist nun, neue strategische Perspektiven zu entwickeln, die über den Horizont einer Kleinpartei hinausgehen. Die Grünen müssen über Grenzen der Belastbarkeit ihrer Kernwählerschaft und – wieder ganz neu – über die Mobilisierbarkeit von Randwählern nachdenken. Keine erfolgversprechenden Wachstumsstrategien wären einfache Links- oder Mitteverschiebungen. Entweder verschenkt man dabei bürgerliche Wählerpotentiale (Linksverschiebung) oder nimmt das Abschmelzen bei der Kernwählerschaft in Kauf (Mitteverschiebungen). Eine wirkliche Aufbruchstrategie der Grünen kann nur über eine programmatische Selbstvergewisserung funktionieren, bei der richtungspolitische Vorstellungen inhaltlich ausgetragen werden, um programmatische Synthesen zu erreichen. Erst auf dieser Basis lassen sich neue mobilisierungsfähige Gewinnerthemen und mögliche Zielgruppen eines systematischen Wählerwachstums identifizieren.

## Fünf-Prozent-Hürde noch zeitgemäß?

Michael Elfer,  
Vorstand „Mehr Demokratie e.V.“

Sperrklauseln haben in der Bundesrepublik eine lange Tradition. Auf der Bundesebene gibt es sie seit 1953. Aber noch nie sind bei einer Bundestagswahl so viele Stimmen für Parteien abgegeben worden, die nicht die Fünf-Prozent-Hürde überschritten haben, wie bei der Bundestagswahl 2013. Konkret sind es mit 15,7 Prozent der abgegebenen Stimmen knapp sieben Millionen WählerInnen, die davon betroffen sind. Bisher lag der Anteil immer deutlich unter zehn Prozent. Sinnvoll wäre es daher diese Spielregeln auf den Prüfstand zu stellen, wie es unter anderen bereits der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier gefordert hat. Das wichtigste Argument dafür ist die Stabilität des politischen Systems. Andere demokratische Länder wie die Schweiz, Spanien, Niederlande oder Finnland kennen keine Sperrklausel, während in Dänemark, Schweden, Norwegen oder Österreich niedrige Hürde gelten. All diese Staaten sind im Großen und Ganzen politisch stabil. Ein weiteres Argument ist die Notwendigkeit, Deutschland vor zentrifugalen, extremistischen Kräften der politischen Ränder zu schützen. Eine potentielle extremistische Bedrohung sollte nicht auf Kosten der Meinungsfreiheit beseitigt werden. Die Sperrklausel ist als Instrument zudem ungeeignet, da zwangsläufig auch andere Positionen davon betroffen sind und das Heranwachsen extremen Gedankenguts innerhalb der Gesellschaft damit nicht verhindert werden kann. Ein Blick in einige Lan-

desparlamente bestätigt dies. Hürden für den Einzug in ein Parlament verstärken ein Erstarren des Parteiwesens, da es neue politische Bewegungen schwerer haben, sich zu etablieren, und sie schränken die Lern- und Wandlungsfähigkeit des politischen Systems und dessen Akteure ein. Sie erhöhen zudem die Wahrscheinlichkeit des taktischen Wählens für Wahlberechtigte, die sich inhaltlich vorstellen könnten, eine der kleineren Parteien zu wählen, dies aber nicht tun, da sie die Wirkungslosigkeit ihrer Stimme befürchten. Somit kann es neben der Verzerrung des Stimmgewichts auch immer zur Verzerrung des Wahlverhaltens an sich kommen. Aus der Kritik folgt aber nicht zwingend die Forderung der Abschaffung der Hürde. Das Argument der Zersplitterung eines großen Parlaments, wie es der Bundestag ist, bleibt durch den potentiell möglichen Einzug zahlreicher neuer Parteien bestehen. Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der Stimmgleichheit und der parlamentarischen Stabilität. Eine naheliegende Forderung ist daher zunächst die Senkung auf beispielsweise drei Prozent. Bei der Bundestagswahl 2013 gäbe es sechs Fraktionen statt fünf. Eine weitere Möglichkeit wäre die Einführung einer Ersatzstimme. Mit dieser können Wählende bestimmen, welche Partei berücksichtigt werden soll, wenn die mit der Zweitstimme gewählte Partei die Hürde nicht überwindet. Auch die Einführung bundesweiter Volksentscheide würde indirekt zur Problemlinderung beitragen, da es mit geringerer Wahrscheinlichkeit zu Parteigründungen kommen würde, die im Grunde nur ein einziges politisches Anliegen haben.

### Bundesebene

<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013>

#### Wählerwanderung

Grüne --> Union	-420.000
Grüne --> SPD	-555.000
Grüne <-- FDP	170.000
Grüne <-- LINKE	40.000
Grüne --> AfD	-90.000
Grüne --> Nichtwähler	-40.000

#### Grünen-Wähler nach Altersgruppen (in %)

18-24 Jahre	11
25-34 Jahre	10
35-44 Jahre	11
45-59 Jahre	10
60-69 Jahre	6
70 und älter	3

#### Grünen-Wähler nach Tätigkeit (in %)

Arbeiter	4
Angestellte	11
Selbstständige	11
Rentner	4
Arbeitslose	8

#### Wer wählte wen (in %)

	Männer	Frauen
Union	39	44
SPD	27	25
Linke	9	8

#### Spätentscheider/Erstwähler

Union	34	30
SPD	26	24
Linke	10	7
Grüne	9	12
FDP	5	4



## Wahlkampf mit Herz und Verstand, trotz Gegenwind

Özcan Mutlu, MdB, KV Mitte

„Generalstabsmäßig organisierter Wahlkampf“ (Berliner Morgenpost, 02.09.2013) „professionellster Wahlkampf der Stadt“ (Spiegel Online, 19.09.2013) – keine Frage: unser Wahlkampf in Mitte wurde medial sehr aufmerksam verfolgt und in höchsten Tönen gelobt. Das freut mich vor allem für die vielen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer, die Tag und Nacht für Grüne Politik auf die Straße gegangen sind. Und es freut mich für mein Wahlkampfteam, das viel Zeit und Energie aufgewendet hat, um mit mir in Mitte für das zweite grüne Direktmandat zu kämpfen - und das dabei noch ungemein kreativ war. Doch zur bitteren Wahrheit gehört ebenfalls: Auch wenn wir in Mitte geringere Verluste zu beklagen haben als andere Berliner Wahlkreise, verloren ist verloren! Und: der professionellste Wahlkampf vor Ort bringt wenig, wenn man gegen den Bundestrend ankämpfen muss. Wobei man nicht verhehlen sollte, dass es nicht einzelne Personen waren, die unser Programm beschlossen haben, sondern es waren wir in der Summe.

Wir müssen bei uns selbst anfangen und kritisch hinterfragen, was bei diesem Wahlkampf eigentlich generell schief gelaufen ist und wie es zu diesen Stimmenverlusten kommen konnte. Wie konnte passieren, dass der Veggie-Day von vielen als Bevormundung interpretiert wurde? Wieso konnte ein derart umfassendes Steuerkonzept beschlossen werden, das augenscheinlich nicht vermittelbar war? – In unseren Hochburgen Alt-Mitte, oder Tiergarten haben wir die größten Verluste zu verzeichnen. Und auch wenn es dafür keine monokausale Erklärung gibt, so waren die Reaktionen beim Wahlkampf in diesen Ortsteilen eindeutig: „Mit dem Steuerkonzept bekommt Ihr diesmal nicht unsere Stimme.“ Und wie kann man verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger in punkto soziale Gerechtigkeit dann scheinbar doch lieber das vermeintliche „Original“ wählen: Im Wedding oder Gesundbrunnen die SPD, zwischen Leipziger Straße und Alexanderplatz war das offensichtlich Die Linkspartei. Geht man in einen ausichtslosen Wettbewerb mit SPD und vor allem der Linkspartei um die Erhöhung des Hartz IV-Satzes oder sollte man lieber nicht noch energischer die Stärkung von Institutionen fordern?

### Lesson learned

Die Aufgabe lautet: Grüner Markenkern ins Zentrum, Stammwähler zurückgewinnen, mit einer progressiven und zukunftsgerichteten Politik neue Wählerinnen und Wähler gewinnen. Präsenz vor Ort zeigen - und zwar kontinuierlich und nicht nur in Wahlkampfzeiten - ist dabei essentiell. Auch wenn es mit dem Direktmandat diesmal nicht geklappt hat – die nächsten Wahlen ste-

hen vor der Tür: die Europawahl 2014, die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV 2016. Wir wollen das Herz der Republik weiter begrünen und in Berlin-Mitte das Bezirksamt erobern, sowie mindestens drei Abgeordnetenhauswahlkreise direkt gewinnen. Die uns dafür bleibende Zeit gilt es zu nutzen. Es ist viel zu tun, packen wir's an!

## Wahlkampf von unten im Wahlkreis 76

Andreas Otto, MdB  
Bundestagskandidat 2013 in Pankow

Wer sich in den Wettbewerb begibt, kann auch verlieren. Dieser Trost für alle enttäuschten WahlkämpferInnen gilt auch in Pankow. Und die Feststellung, dass gegen einen globalen bundesweiten Abwärtstrend wenig zu gewinnen ist. Das Wahlergebnis 14,7 Prozent (-1,6 Prozent) bei den Erststimmen und 14,1 Prozent (-5,7) Zweitstimmen zeigt, dass wir im Wahlkreis 76 bei den Verlusten für die Partei im Berliner Trend liegen, bei den Erststimmen etwas besser waren.

Der Pankower Wahlkreis ist sehr heterogen. Wir hatten drei Bereiche identifiziert und die Hochburgen im Prenzlauer Berg, die „Swing States“ (oder „Potentialgebiete“) von Niederschönhausen bis Weißensee sowie den „hohen“ Norden von Rosenthal bis Buch in unterschiedlicher Intensität mit Wahlkampfaktivitäten überzogen. Neben der Wohnungspolitik und dem Komplex Fluglärm/Tegel wurden die Energiefrage, die Steuerpolitik und die Kinderbetreuung besonders stark nach vorn gestellt.

### Mitmach-Wahlkampf

Weil nicht jedes Thema überall gleich zieht, haben wir mit den einzelnen Schwerpunkten unterschiedlich gearbeitet. Soziale Mietenpolitik dort, wo viele MieterInnen sind, Fluglärm in der Einflugschneise von Tegel und Kinderbetreuung in Prenzlauer Berg, wo viele Kinder leben. Einzelne Aktionen fanden große Presseresonanz, wie etwa die Fluglärmmessung auf dem Pankower Anger, wenige Tage vor der Wahl. Das Konzept des Mitmach-Wahlkampfes sollte den Mitgliedern und Sympathisanten die Chance geben, sich genau da einzubringen, wo sie Kompetenzen, Lust und Zeit beisteuern wollen. Naturgemäß tun das die meisten in ihrem direkten Wohnumfeld. Von den über 700 Bündnisgrünen im Bezirk wohnen mehr als zwei Drittel im flächenmäßig kleinen Prenzlauer Berg. Manche andere in dem großen Bezirk leben quasi in der Diaspora, sind wahlkampfmäßig eher auf sich gestellt und verdienen eine dankende Erwähnung.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. In Pankow heißt das: dranbleiben und die Verbindungen zu Institutionen, MultiplikatorInnen und potentiellen WählerInnen verbessern. Jetzt geht es um stabile Strukturen. Wir müssen vor dem Programmprozess wissen, was das Volk bewegt. Und das geht nur, wenn wir danach fragen. Dazu brauchen wir Kontakt und Nähe zu Menschen, die potentielle WählerInnen sind. Eine Möglichkeit dafür bietet unsere Kampagne „Freiobst Pankow“. Gemeinsam mit UmweltschützerInnen und AnwohnerInnen pflanzen wir Obstbäume, deren Ernte später allen frei zur Verfügung

stehen soll. Dadurch ergeben sich vielfältige Kontakte zu Menschen, die sonst mit der Partei nichts zu tun haben, aber grundsätzlich erreichbar sind. Wenn wir bei den nächsten Wahlen besser werden wollen, dann müssen wir von genau solchen Menschen erfahren, was sie für die drängendsten Probleme dieser Stadt halten.

## GRÜN.kulturell – Politik trifft Kultur

von Notker Schweikhardt

Im Sommer, während des Wahlkampfes, entwickelten wir aus einer Initiative der LAG Kultur heraus ein Veranstaltungsformat, bei dem wir grüne PolitikerInnen aus dem Europaparlament, dem Bundestag, dem Berliner Abgeordnetenhaus sowie einzelnen Bezirken mit Kulturschaffenden in Berlin ins Gespräch brachten. Wir diskutierten in formloser Runde intensiv und leidenschaftlich kulturpolitisch brennende Themen – zum Teil auch zu sehr konträren Fragestellungen: \_ Kreativwirtschaft; Aus Kunst Brot backen? \_ Bildende Kunst: Liebhaberei, Kommerz oder Ausdruck von Freiheit? \_ Kulturnation Deutschland; Musik und Kunst in der Schule – Luxus oder Staatsauftrag? \_ „Die vierte Gewalt“ im Staat – Wer soll sie bezahlen? \_ Clubs@Berlin; Underground, Tourismushype, Stadtkultur? \_06 Was soll das ganze Theater? Spiegel des Zeitalters – oder: Viel Lärm um Nichts?



Dabei waren u.a. Renate Künast, Katrin Göring-Eckardt, Agnes Krumwiede, Ekin Deligöz und Tabea Rößner als Abgeordnete des Bundestages, Helga Trüpel vom Europaparlament und aus Berlin Sabine Bangert, Stefan Gelbhaar, Katrin Schmidberger, Özcan Mutlu, Anja Kofbinger und Susanna Kahlefeld als Abgeordnete, Alice Ströver vom Rundfunkrat Berlin-Brandenburg und Olaf Möller als 1. Vorsitzender Club Commission Berlin.

Ein Teil der Termine fand „geschlossen“ also im geschützten Raum statt, damit alle „off-the-record“ reden konnten. Andere (Schule, Clubs, Theater) waren öffentlich, boten Raum zur Begegnungen mit dem Publikum und wurden von Journalisten begleitet. Beides hatte seine Vorteile. Beim „Get-together“ im Anschluss konnten dann in kleinen Gesprächskonstellationen weitere Fragen persönlich erörtert werden. Eine Darstellung der Reihe inklusive aller Veranstaltungsprotokolle findet ihr unter: [www.gruen-kulturell.de](http://www.gruen-kulturell.de)

Bild links: Andreas Otto und Özcan Mutlu, Sommer 2013 –

Bild rechts: Renate im Gespräch mit Ute Güldag, Bertreiberin des Morlox, 7.9.2013

### ➔ auf Bundesebene

#### ■ Sitzverteilung im Bundestag (631)

CDU	255 (+61)
SPD	193 (+47)
Linke	64 (-12)
Grüne	63 (-5)
CSU	56 (+11)
FDP	0 (-93)

#### ■ Zweitstimmen für die Grünen nach Bundesländern (in %)

Baden-Württemberg	11,0
Bayern	8,4
Berlin	12,3
Brandenburg	4,7

Bremen	12,1	Rheinland-Pfalz	7,6
Hamburg	12,7	Saarland	5,7
Hessen	9,9	Sachsen-Anhalt	4,0
Mecklenburg-Vorpommern	4,3	Schleswig-Holstein	9,4
Niedersachsen	8,8	Thüringen	4,9
Nordrhein-Westfalen	8,0	Sachsen	4,9

## Nicht links – nicht rechts – sondern vorn!

von Franziska Eichstädt-Bohlig

Das war der Slogan der Grünen in ihrer Gründungsphase. Der Wahlkampf hat gezeigt, dass wir nicht mehr „vorn“ sind. Auch die auf der letzten BDK beschworene politische „Eigenständigkeit“ darf nicht nur auf parteipolitische Offenheit gegenüber Rot und Schwarz zielen. Sie muss auch auf das Wiedergewinnen von mehr inhaltlicher Eigenständigkeit setzen.

Mit der inneren Fraktionierung in „Linke“ und „Realos“ verschanzen wir uns zu stark in alten Grabenkämpfen und bleiben in dem Schema „Mehr Staat versus mehr Markt“ stecken. Wir haben uns dem Politikverständnis der Altparteien angepasst und sind in der selben Spirale gefangen, dass wir immer mehr Wachstum brauchen, um mit mehr Umverteilung mehr Staatsaufgaben erfüllen zu können. Dabei sind Rechts und Links zwei Seiten einer Medaille, denn mehr Staat braucht mehr Markt. Und mehr Marktfreiheit braucht mehr Staatsleistungen.

### Wettlauf zwischen Wirtschaftsvermachtung und Staatsüberlastung

Wir leben mit einer gespaltenen Wirtschaftsentwicklung, wo vielen kleinen, mittleren und auch einigen wichtigen großen Unternehmen eine besorgniserregende Konzentration von Wirtschafts- und Finanzmacht und ein zynischer Umgang dieser Marktmächte mit Lohndumping, Unternehmensverdrängung, Spekulation und Staaten-erpressung gegenüber steht. Diese Entwicklung forciert die Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich.

Und sie führt zu einer Überforderung der Staaten, die die Folgen dieser Marktvermachtung kompensieren sollen und sich dabei überschulden. Den Wettlauf zwischen Wirtschaftsvermachtung und Staatsüberlastung kann kein Gemeinwesen gewinnen.

Mit unserem Rechts-Links-Schema bewegen wir uns aber im Hamsterrad dieser Entwicklung. Der Unterschied zwischen den Grünen und anderen Parteien ist auf unser besonderes ökologisches Engagement begrenzt. Auf der Strecke bleibt unser Engagement für eine emanzipatorische Bürgergesellschaft. Allen Schwüren nach mehr Bürgerrechten zum Trotz reduzieren auch wir die BürgerInnen gerne auf wohlfahrtsstaatliche Versorgungsobjekte und Verbraucher. Die Unzufriedenheit vieler BürgerInnen betrifft aber nicht nur Fluglärm, Stuttgart 21 und privatisiertes Wasser. Sie ist im Kern ein Protest gegen das übermächtige Bündnis von Staat, Banken und Grossinvestoren zulasten der kleinen und mittleren Wirtschaft und zulasten vieler Menschen. Dem müssen wir Grenzen setzen.

### Neues Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft

Das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft muss auf neue Füße gestellt werden. Eine nachhaltige Entwicklung braucht eine Wirtschaft nicht nur in ökologischer, sondern auch in gesellschaftlicher Verantwortung und Fairness. Sie braucht auch sozialstaatliche Sicherheit. Und die BürgerInnen brauchen bessere Chancen auf ökonomische Teilhabe und mehr Schutz vor der Übermacht der Grossen.

Das heisst wieder mehr Bürgerpartei werden – auch in der Wirtschafts- und Eigentumspolitik!

Viele Parteimitglieder haben für das Denken in Linke- und Realo-Schubladen kein Verständnis, weil das den grünen Markenkern dem Rechts-Links-Schema unterordnet. Nun ist es durchaus sinnvoll, in informellen Kreisen Vorgespräche für inhaltliche, strategische und personelle Entscheidungen zu führen. Aber gerade die Fraktionierung in „Linke“ und Realos“ bewirkt, dass wir unsere ‚grüne Mitte‘ mehr im Quotieren und Aushandeln suchen als in der Arbeit an Leitbildern für das ‚Vorne‘. Das aber tut not.

## Mut zum Team

von Gerhard Schick und Johannes Remmel

**Wir wollen eine Komponente in die Debatte bringen, die bisher zu kurz kommt: die Führungskultur, die innerparteiliche Zusammenarbeit. Auch in diesem Bereich halten wir Veränderungen für notwendig.**

### Fehlende Machtoption

Als folgenreich stellt sich der Umgang mit dem Beschluss des Rostocker Parteitags von 2009 dar. Darin hieß es:

„Zu dem selbstbewussten Anspruch, führende Kraft für die linke Mitte sein zu wollen, gehört auch, sich aus alten Koalitions- und Lagerzwängen zu befreien. Koalitionen müssen auf der Grundlage eigener Grüner Konzepte und Werte geschlossen werden.“

Als hätte es diesen Beschluss nie gegeben, wurde im Wahlkampf 2013 aber erneut ausschließlich auf Rot-Grün gesetzt. Damit wurde der Fehler von 2009 wiederholt, so dass wir am Ende wieder ohne realistische Optionen dastanden. Welche Relevanz hatte dann eigentlich der Rostocker Parteitagsbeschluss? Und würden wir heute vielleicht besser dastehen, wenn wir ihm treu geblieben wären? Das ist Spekulation. Trotzdem zeigt es für uns, dass der Umgang miteinander, in und mit den Gremien deutlich verbesserungswürdig ist.

Notwendig sind also Veränderungen unserer Strukturen. Es gehört dazu aber auch etwas, das man nicht per Satzung verordnen kann: eine Änderung der innerparteilichen Kultur, der Führungsstile und des Umgangs miteinander. Zentral dabei ist in anderes Verständnis darüber, welche Rolle die Strömungen haben sollen. Sie können zur innerparteilichen Diskussion beitragen, sie sollen sie aber nicht ersetzen. Sie sollen mitwirken bei Personalentscheidungen, aber sie nicht vollständig dominieren. Ein wichtiger Maßstab dafür ist, dass auch Mitglieder, die in keiner Strömung organisiert sind, die relevanten Debatten mitbekommen und an ihnen teilhaben können, dass auch „neutrale“ Mitglieder eine Chance bei Personalentscheidungen haben. Vor allem aber muss Vertrauen zwischen den zentralen Akteuren der beiden Strömungen wieder wachsen. Faire demokratische Streitkultur Insgesamt müssen wir in der Art, wie wir arbeiten, streiten, Beschlüsse fällen und sie umsetzen, das widerspiegeln, für was wir Grüne programmatisch stehen:

■ Geschlossenheit ist kein Selbstzweck, sondern kann erst am Ende eines Diskussionsprozesses stehen. Es braucht eine neue Kultur, in der gewollt ist, strittige Änderungsanträge zur Diskussion zu stellen und in der es in Ordnung ist, auch zu verlieren.

■ Die Urabstimmung und der Mitgliederentscheid über unsere Schlüsselprojekte waren wichtige Schritte. Aber davon abgesehen fand eine Einbindung der Gremien in den Wahlkampf meist eher formal statt. Wir meinen, es braucht in Zukunft deutlich mehr Teamorientierung und ergebnisoffene(!) Beteiligungsmöglichkeiten für eine möglichst große Zahl von Mitgliedern, sowohl im

politischen Alltag wie auch in Wahlkämpfen. Das Know-How und das Engagement der Orts-, Kreis- und Landesverbänden, in den Landtagen, der Bundestagsfraktion oder den BAGen müssen wir viel stärker einbeziehen als bisher.

*Gekürzte Fassung eines Beitrages von Gerhard Schick, MdB, und Johannes Remmel, Umweltminister NRW. Den vollständigen findet Ihr hier: [www.gerhardschick.net](http://www.gerhardschick.net)*



Zeichnung: Freimut Woessner

### Fraktionsvorstand

#### Fraktionsvorsitzende

Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter

#### Erste Parlamentarische Geschäftsführerin

Britta Haßelmann

#### Bundestagsvizepräsidentin

Claudia Roth

#### Parlamentarische Geschäftsführerinnen

Anja Hajduk, Katja Keul und Steffi Lemke

## Neue Wege im Bundesvorstand

**Bettina Jarasch unsere Landesvorsitzende wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober in den Bundesvorstand gewählt. Wir sprachen mit ihr über ihre Motive.**

**Uta Belkius: Liebe Bettina, du bist frisch im neuen Amt. Hat sich schon etwas getan?**

**Bettina:** Ja, es ging gleich auf Hochtouren los. Wir mussten den Entwurf für das Europa-Wahlprogramm diskutieren und verabschieden, und uns natürlich im Zeitraffer als neues Gremium zusammenfinden. Nebenbei bin ich dabei, die Bundesgeschäftsstelle genauer kennenzulernen; mit fünfzig Leuten ist das schon ein großes Team.

**Was werden Deine großen Schwerpunkte im BuVo sein?**

Zwei Dinge liegen mir besonders am Herzen. Zum einen die Religionspolitik mit der vorrangigen Frage: Welche Rolle können und sollten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in einer pluralen Gesellschaft, einem säkularen Staat spielen, welchen Rahmen brauchen sie dafür und welchen Reformbedarf haben wir? Mittlerweile steht fest, dass ich die von der Partei eingesetzte Religionskommission leiten werde, die eine Positionierung der Partei vorbereiten soll. Parallel dazu wollen wir auch hier in Berlin auf Landesebene den Prozess begleiten und die überfällige Diskussion über die Gretchenfrage „Wie halten Sie’s mit der Religion?“ endlich führen. – Die andere Baustelle betrifft die Arbeits- und Familienpolitik. Wir brauchen eine Arbeitskultur, die Zeit für das Leben jenseits des Jobs lässt und dafür müssen wir Arbeit gesellschaftlich umverteilen. Das

hilft nicht nur Familien mit Kindern, sondern bietet grundsätzlich die Möglichkeit, sich neben der Arbeit auch um andere Menschen zu kümmern, durch politisches und soziales Engagement oder auch durch die Pflege von Familienangehörigen oder NachbarInnen. Die grünen Familien- und Jugendfachleute sind gerade bundesweit dabei, sich zu vernetzen, auch das möchte ich unterstützen.

**Welche Impulse möchtest Du für die interne Parteiarbeit geben?**

Ich gelte ja noch als Teil des Generationswechsels (Lachen) – Das zeigt, wie lange er auf sich warten ließ. Ich finde diesen Übergang entscheidend und fasse ihn nicht als rein-biologische Verjüngung der Mandats- und AmtsträgerInnen auf. Das wäre kein Qualitätskriterium. Die bisher führenden Personen, die nun etwas in den Hintergrund treten, waren sehr markant und prägend. Das heißt, wir treten in große Fußstapfen. Ein echter Generationswechsel braucht auch neue Impulse und eine neue Art der Zusammenarbeit intern wie mit der Gesellschaft. Konkret heißt das, wir müssen als Partei wieder offener werden für neue AkteurInnen und QuereinsteigerInnen mit dem Blick von außen. Wenn wir also über Personalentwicklung sprechen, dürfen wir dabei nicht nur unsere „JungfunktionärInnen“ in Blick haben, die wesentlich durch Parteistrukturen geprägt sind, sondern auch ungewöhnliche Menschen verschiedener Prägung und Altersstufen aus dem Nicht-Parteialltag – die mit Erfahrung und Leidenschaft zu uns kommen und auf Fachebene gestalten wollen. Darin waren wir lange stark. Dafür braucht es wieder mehr



Förderung auch außerhalb der Flügel. (Anm. Red.: gemeint sind parteiintern Reformer und Linke, die oft wesentlichen Einfluss bei Personalfragen und Leitbildentscheidungen haben.)

**Um was geht es Dir jenseits vom Alltagsgeschäft?**

Bettina Jarasch: Ich möchte, dass wir uns wieder mit mehr Herzblut unseren Kernthemen widmen und mit mehr Nüchternheit den Koalitionsfragen. Beides hängt zusammen. Wir brauchen unsere grüne Unterscheidbarkeit mit genau den Punkten, die eben nur wir Grüne einbringen können – unsere Kompetenz in der Ökologie, das Prinzip der Nachhaltigkeit und ein emanzipatorisches Verständnis von Gesellschaftspolitik insgesamt. Von dort aus entwickeln wir unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik und entwickeln Konzepte zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Bürgerrechte. Und auf der Basis klären wir dann die Koalitionsfragen.

**Zwei Jahre sind schnell um, was willst Du unbedingt erreichen?**

Bettina Jarasch: Ich möchte die landespolitische Perspektive in der grünen Bundespolitik stärken. Die Länder müssen viel früher und verantwortlicher eingebunden werden. Wir waren immer stark in den Kommunen. Diese Erfahrungen sollen wieder besser auf die Bundesebene zurückfließen. Ich glaube aber insgesamt, dass wir als neuer Bundesvorstand auf einem guten Weg sind.

## 2013 – ein feministischer Aufbruch?

von Audrey Podann, Referentin für Frauen- und Geschlechterpolitik

**Das Jahr 2013 war stark von frauenpolitischen Themen geprägt:**

Die #aufschrei Debatte erhitze im Januar die Gemüter, der Dauerbrenner Betreuungsgeld bewegte viele Menschen und derzeit wird die Forderung nach einer Frauenquote in Aufsichtsräten in den Koalitionsverhandlungen diskutiert. Dabei gehen die Kontroversen oberflächlich um Korrekturen und Verbesserungen für eine geschlechtergerechtere Politik – es scheint aber auch in der Tiefe der Gesellschaft zu rumoren. Was ist der Grund für das Hochkochen des Geschlechterkonflikts in einer Gesellschaft, die viele Menschen bereits für sehr emanzipiert, wenn nicht gar für „postfeministisch“ halten? Wie weit sind wir wirklich mit der Gleichstellung der Geschlechter gekommen? Derzeit ziehen insbesondere jüngere Frauen ein zunehmend kritisches Resümee.

**Geschlechterpolitik jenseits von Anpassung an die Arbeitswelt**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf krankt an zu wenig guten Kitaplätzen und starren Vorgaben der Arbeitskultur, die sich immer noch am „männlichen“ Familienernährer ausgerichtet, dem Daheim der Rücken freigehalten wird. Der Gender Pay Gap liegt in Deutschland bei 23 Prozent, nicht zuletzt, weil vor allem Frauen nach wie vor für Kinder und Hausarbeit pausieren oder weniger arbeiten – diese Arbeit Zuhause aber scheinbar keinen ökonomischen Wert hat. Viel zu viele Frauen stecken in Minijobs und in prekären Arbeitsverhältnissen und müssen fürchten, im Alter keine ausreichende Rente zu bekommen.

Aber auch der Druck auf viele Männer erhöht sich in der hochgetakteten Arbeitsgesellschaft. Wie wollen wir Geschlechterpolitik formulieren, die mehr ist als die Anpassung von Frauen und Männern an die flexibilisierte Arbeitswelt?



In unserem Landesverband haben wir diese Fragen im vergangenen Jahr intensiv diskutiert. Insbesondere in einem 2012 vom Landesvorstand eingesetzten Gremium mit dem etwas sperrigen Namen Genderpolitischen Koordinationskreis (GKK) wurde diskutiert, wie wir Geschlechterpolitik emanzipatorisch gestalten wollen. Wie kam es zu diesem Gremium? Die Frauenversammlung des Landesverbandes beschloss 2012 neue Wege in den Bereichen Frauen, Gender und Queere Politik zu gehen. Dabei sollte die Frauen- und

Genderpolitik neu aufgestellt werden und die Breite der Partei erreichen. Zu diesem Zweck wurde angeregt, einen Arbeitszusammenhang zu schaffen, in dem Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften, aus den Bezirken, aus dem Landesvorstand, dem Abgeordnetenhaus und aus der Landesgeschäftsstelle mit ihren unterschiedlichen Wünschen und Perspektiven zusammen arbeiten, nachdenken und planen. Der GKK wurde als geschlossenes Gremium konzipiert, um die Stringenz und Verbindlichkeit der Arbeit möglichst hoch zu halten.

**Spannungsfeld zwischen Alltag und Zukunft**

Das Ziel des GKK sollte sein, Genderthemen im Spannungsfeld zwischen alltäglichem Erleben und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Was brauchen Frauen und Männer heute, um ein selbstbestimmtes, abgesichertes und gleichberechtigtes Leben zu führen? Und wo wollen wir geschlechterpolitisch überhaupt hin? Entspricht unsere Frauen- und Genderpolitik dem, was unsere Mitglieder bewegt? Was kommt in den Bezirken an? Neben aktuellen Themen sollte dabei auch Raum sein, Ambivalenzen grüner Politik ansprechen: Werden wir unserem Anspruch, Geschlechterpolitik modern, ansprechend und für alle zu gestalten, eigentlich gerecht? Mit all diesen Fragen im Gepäck entwickelte der GKK ein ambitioniertes Arbeitsprogramm mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Ein Schwerpunkt liegt in der Frage nach der Gestaltung der heutigen Arbeitswelt bzw. der Kritik daran: →

➔ der neue Bundesvorstand

**Simone Peter, Cem Özdemir**  
Bundesvorsitzende  
**Michael Kellner**  
Politischer Bundesgeschäftsführer

**Benedikt Mayer** Bundesschatzmeister  
**Bettina Jarasch** Mitglied des Bundesvorstand  
**Gesine Agena** Frauenpolitische Sprecherin

**Dr. Audrey Podann**  
Referentin für Frauen- und Geschlechterpolitik  
**Mail** audrey.podann@gruene-berlin.de  
**Kontakt** 030-61500561

**Karoline Killat**  
Beisitzerin und frauen- & geschlechterpolitische Sprecherin  
**Kontakt** 030-615005-0

Fortsetzung

Bei Veranstaltungen wie „Die 3 neuen K? Kinder, Karriere und Kapitalismus“ im November 2012 oder „Zeit für Mehr: Arbeitszeitpolitik ist Genderpolitik“ zum Internationalen Frauentag 2013 wurden vor allem ökonomische Aspekte des Geschlechterverhältnis aufgegriffen. Das Thema Arbeitszeit wurde anschließend vom Landesverband im April 2013 erfolgreich in einen Änderungsantrag zum Bundestagswahlprogramm eingebracht – wir konnten damit ein Thema setzen, das inzwischen auch auf Bundesebene diskutiert wird. Zum Thema Gender und Ökonomie kann auch die Veranstaltung „Mutterseelenalleinerziehend!?!“ gezählt werden, die zum Ziel hatte, die Probleme von Alleinerziehenden stärker in grüner Politik mitzudenken.

**Genderpolitik in den Bezirken**

Ein wichtiges Projekt des GKK war und ist, die Genderpolitik in den Bezirken zu stärken. Was brauchen die Gliederungen vor Ort, um Frauen und Männer genderpolitisch ins Boot zu holen? Im Januar gab es mit dem Neujahrsempfang für Genderpolitikerinnen und Genderpolitiker aus den Bezirken einen Überraschungserfolg: Es kamen viel mehr interessierte und interessante Menschen, als erwartet. Diese Vernetzung soll im kommenden Jahr fortgeführt werden. Kontrovers wurde ebenfalls im Januar die Frage diskutiert, ob bei den Grünen Anspruch und Wirklichkeit manchmal doch auseinanderklaffen. Unter dem Titel „Gibt es eine grüne Genderlüge?“ wurde hinterfragt, wie gleichberechtigt und gleichgestellt Frauen und Männer bei den Grünen eigentlich sind, angesichts der immer wieder aufflammenden Diskussion um die Quote, aber auch angesichts eines Frauenanteils von 37 Prozent in der Mitgliedschaft.

Im zweiten Halbjahr 2013 wurde nach Kräften der Wahlkampf gender- und frauenpolitisch begleitet und unterstützt. Dazu lud der GKK unsere Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckard ein, um mit ihr über grüne frauen- und geschlechterpolitische Leitbilder zu diskutieren: Haben wir alle Lebensentwürfe von Frauen im Blick? Wie wertschätzend sind wir gegenüber Frauen, die nicht in unser grünes Weltbild passen können oder wollen? Laufen wir Gefahr, insbesondere für privilegierte, gut gebildete und „emanzipierte“ Frauen Politik zu machen? Auch hier konnte eine Debatte angestoßen werden, die nach dem Wahlkampf auch auf Bundesebene weitergeführt wurde und wird.

Von seinen Plänen und Veranstaltungen berichtet der GKK regelmäßig auf der Homepage des Landesverbandes, über die Social Media Kanäle des Landesverbandes und per newsletter und Email. Gerne können alle Interessierten in die entsprechenden Verteiler aufgenommen werden. Mitglieder des GKK bieten darüber hinaus an, gemeinsam mit den Kreisverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften Sitzungen zu gestalten – das können inhaltliche Sitzungen zu genderpolitischen Themen sein, aber auch Sitzungen in denen gemeinsam beraten wird, wie die Genderkompetenz und die geschlechtergerechte Zusammensetzung der Gruppen verbessert werden kann. Ob 2013 wirklich das Jahr eines neuen feministischen Aufbruchs war, bleibt noch ungewiss – bei den Berliner Grünen sieht es aber ganz danach aus.

# Aufarbeitung der Pädophilie-Debatte

Wer auf den Bundestagswahlkampf zurückblickt, darf die Debatte um die Pädophilie-Verstrickungen der Grünen in ihren Anfangsjahren nicht ausblenden. Diese Debatte hat vor allem die letzten Wochen und Tage vor dem Wahltag beherrscht. Und sie hat schwere Fehler der Partei in der Vergangenheit, aber auch eklatante Versäumnisse im Umgang mit unserer eigenen, schwierigen Geschichte offen gelegt. Der Wahlkampf liegt mittlerweile hinter uns, das öffentliche Interesse an dem Thema hat nachgelassen. Können wir es damit auch als Grüne ad acta legen? Nein, im Gegenteil: Eine echte Aufarbeitung ist keine Frage der Wahlkampf-Auswertung, sondern ein Teil der Verantwortung, die wir als Organisation tragen und der wir endlich gerecht werden müssen.

**Unserer Verantwortung gerecht werden**

Neu sind die Vorwürfe nicht, dass sich einzelne Mitglieder von Bündnis 90/ Die Grünen in den 80er Jahren für die Entkriminalisierung von pädophilen Handlungen engagiert haben. Aber erst ab den 2010er Jahren, im Zuge der Debatte über Gewalt und Missbrauch in kirchlichen und reformpädagogischen Einrichtungen und Internaten wurde zunächst zaghaft, zuletzt heftiger der Vorwurf gegen die Partei laut, sie habe in ihren westdeutschen Gründerjahren

aktive Pädophile in ihren Reihen geduldet. In den Fokus rückten auch Passagen im ersten Grundsatzprogramm von 1980 und in einigen frühen Landesprogrammen, die Forderungen nach Abschaffung oder Relativierung der Paragraphen 174 StGB (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen) und 176 StGB (Sexueller Missbrauch von Kindern) enthalten. Selbstkritisch müssen wir als Grüne eingestehen, dass wir diese Vorwürfe zunächst abgewehrt und erst viel zu spät nach und nach schwerwiegende Fehler und Versäumnisse eingestanden haben.

Es war deshalb eine richtige Entscheidung vom alten Bundesvorstand, ein Forschungsteam um Professor Franz Walter mit der Aufgabe zu betrauen, dieses düstere Kapitel der grünen Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten. Denn dafür fehlt der Partei nicht nur die Expertise, sondern als „betroffener Organisation“ auch das erforderliche Maß der Unabhängigkeit. Allerdings wurde in den vergangenen Monaten deutlich, dass die Vergabe eines Auftrags an externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht ausreicht. Wir müssen selber aktiv zur Aufarbeitung und Aufklärung beitragen. Wir müssen uns mit der Frage befassen, wie und warum es möglich war, dass die Forderung nach Straffreiheit für vermeintlich „einvernehmliche“ pädophile Handlungen in der grünen Partei Raum greifen konnte, warum wir so lange dazu geschwiegen haben und was für Konsequenzen wir aus den gewonnenen Erkenntnissen ziehen, insbesondere im Hinblick auf die Opfer von Missbrauch. Dieser Aufgabe muss sich auch der Berliner Landesverband stellen.

**Feministinnen gegen Verharmlosung**  
Nach bisherigem Kenntnisstand war die Forderung nach Abschaffung der Paragraphen 174 und 176 StGB im AL-Wahlprogramm von 1981 und wahrscheinlich als Minderheitenvotum auch im AL-Wahlprogramm 1985 enthalten. Das Grundsatzprogramm und das Landeswahlprogramm von 1981 enthalten Hinweise, dass die Frage der Pädophilie damals in der Partei umstritten war. Dies bestätigen zumindest Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und spiegelt sich auch in diversen Unterlagen von damals wieder. Insbesondere grün-alternative Feministinnen haben in der Gründungsphase vehement gegen Missbrauch und eine Verharmlosung sexueller Gewalt gegen Kinder gekämpft. Die Gründung von Organisationen für Opferschutz und Prävention fand im selben Zeitraum und zum Teil direkt aus der AL heraus statt. Dennoch hielt die Diskussion über das Thema in Teilen der Berliner Grünen an, auch nachdem sich die Bundesebene Ende der 80er Jahre klar von den Forderungen nach Straffreiheit für Pädophilie distanziert hatte. Im Landesverband gab es noch bis 1994 heftige Debatten in den Stachligen Argumenten zwischen den Kreuzberger Frauen, die die „Pädos bei den Grünen“ kritisierten, und Autoren, die einvernehmliche Sexualität zwischen Männern und Jungen für möglich hielten und entkriminalisieren wollten. Als ein aktives Mitglied des Schwulenbereichs 1995 wegen Missbrauchs an einem Jungen verurteilt wurde, distanzierte sich der damalige Vorstand des Schwulenbereichs. Dann verstummte die Debatte um Pädophilie im Berliner Landesverband, ohne dass es eine wirkliche Aufarbeitung der grün-alternativen Parteigeschichte gegeben hätte.

**Positive Ausnahme**  
Eine positive Ausnahme ist ein Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von 2010, der unter der Überschrift „Aufklärung und Schutz vor sexueller Gewalt“ auch die eigene Vergangenheit selbstkritisch beleuchtet. Allerdings fehlte in dem Beschluss ein ganz wesentlicher Aspekt: Das Leid der Kinder, die – möglicherweise durch Menschen, die sich durch die grünen Forderungen nach Straffreiheit ermutigt fühlten – sexuelle Gewalt erfahren haben. Die Kinder von damals sind heute erwachsene Menschen. Wir sind es den Betroffenen, aber auch allen anderen Opfern von Missbrauch, der Öffentlichkeit und uns selbst schuldig, Antworten auf die genannten Fragen zu finden. Denn nur wer um seine Fehler weiß, sie ehrlich bereut und daraus die richtigen Lehren zieht, kann sich dafür auch glaubhaft entschuldigen.

*Bettina Jarasch und Daniel Wesener, Landesvorsitzende  
Thomas Birk, MdB, Queerpolitischer Sprecher*

Information

Autorinnen und Autoren und der Landesvorstand haben zur Herbst-LDK einen Antrag eingebracht, der konkrete Forderungen und Vorschläge für einen Aufarbeitungsprozess im Landesverband enthält. Dazu gehören die Einrichtung einer Berliner Kommission unter Einbeziehung von

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Fachleuten, die Initiierung eines öffentlichen Diskussionsprozesses und eine enge Kooperation mit dem Bundesverband und anderen Landesverbänden, z.B. bei der Frage einer Anlaufstelle für Betroffene.

Krieg oder Frieden - um diese Schicksalsfrage geht es glücklicherweise nicht mehr, wenn am 25. Mai 2014 ein neues Europa-Parlament gewählt wird. Das ist das unbestreitbare Verdienst des historisch einmaligen Aussöhnungsprojektes Europa. Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Denn die Europäische Union steht vor ihrer größten Bewährungsprobe. Wir müssen den Zusammenhalt unseres Kontinents wahren, um in der globalisierten Welt eine hörbare Stimme zu haben. Denn die Herausforderungen von heute - allen voran der Klimawandel - machen nicht Halt an Staatsgrenzen.

Einer der europäischen Gründerväter, Jean Monnet, sagte einst: „Europa wird in den Krisen geschaffen und es wird die Summe der Lösungen sein, die für diese Krisen gefunden werden.“ Diese Überzeugung muss unser Credo auch für die kommenden Europawahlen sein.

### Zahlreiche Krisen

Die aktuellen Krisen sind zahlreich und tief: Die EU ächzt unter den Folgen der vom Finanzsektor losgetretenen Wirtschaftskrise. In deren Folge wurden auf Druck der schwarz-gelben Bundesregierung nicht nur einseitige Sparprogramme erzwungen, sondern auch demokratische Rechte beschnitten und eine falsche Rückbesinnung auf die Nation eingeleitet. Zum ersten Mal seit Generationen sehen viele Menschen Europa nicht mehr als Chance, sondern als Bedrohung.

Alte Gräben brechen wieder auf, die wir längst überbrückt glaubten. Arme gegen reiche Staaten - diesen falschen Gegensatz zeichnen plötzlich viele. Die populistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) wäre damit beinahe in den Bundestag eingezogen. Mit einem solchen Ergebnis bei den Europawahlen

wäre mit der AfD erstmals eine rechts-populistische Partei aus Deutschland im Hohen Haus der EU.

Dabei ist Europa nicht in arme und reiche Staaten, sondern in arme und reiche Menschen gespalten - und das in jedem Mitgliedstaat und in jeder Stadt. Verdiente etwa ein Manager in Deutschland im Jahr 1985 noch das Zwanzigfache eines Arbeiters, so ist dieser Abstand mittlerweile auf das Zweihundertfache angestiegen. Besonders in Griechenland tritt das wahre Wesen der Krise zu Tage: Die Steuerbefreiung für die milliardenschweren Reeder hat Verfassungsrang und die Abschaffung dieses Privilegs wurde in den Verhandlungen über Unterstützungsmaßnahmen nicht einmal diskutiert. Im ebenfalls krisengeschüttelten Italien waren es die Abgeordneten - die mit monatlich 16.000 Euro bestbezahlten Volksvertreter in Europa - die sich selbst von den Sparanstrengungen ausnahmen.

### Unmenschlicher Umgang mit Flüchtlingen

Und die unmenschliche Logik, jeder solle zunächst für sich selbst sorgen, gipfelt in den unmenschlichen Umgang mit den Flüchtlingen, die sich auf unserem Kontinent Schutz vor Verfolgung oder ein würdiges Leben erhoffen. Die aktuelle EU-Politik überlässt diese Menschen nicht nur ihrem Schicksal, sie hindert sie aktiv daran, in Europa einen Asylantrag zu stellen. Wir Grüne streiten vehement für ein Ende dieser Praktiken, die in krassem Widerspruch zu unseren europäischen Werten stehen. Die von Angela Merkel durchgesetzte „Eurorettung“ entpuppt sich bei näherem Hinsehen als andere Spielart der Bankenrettung und der Privilegiansicherung. Der einseitige Sparkurs trifft

ausgerechnet die Ärmere und die künftigen Generationen. Dem müssen wir Grüne die Verbindung von Solidarität und Solidität entgegensetzen. Wir müssen uns solidarisch zeigen mit den Leidtragenden der Krise - egal, ob sie in Griechenland, Spanien oder Deutschland leben.

Solidität müssen wir von denen verlangen, die die Fundamente Europas zum Wackeln gebracht haben - egal, ob sie in bedenkenlos wirtschaftenden Banken oder verschwenderisch haltenden Staatseinrichtungen sitzen. Konkret hätte man beispielsweise die Unterstützung für den griechischen Staat davon abhängig machen sollen, dass die Steuerbefreiung der Reeder abgeschafft wird. Immerhin konnten wir Grüne dank jahrelangen Engagements erreichen, dass die Finanztransaktionssteuer den Finanzsektor an den Folgen der Krise wenigstens beteiligen soll.

Gerade für eine Exportnation wie Deutschland ist das Wohlergehen unserer Nachbarn und Partner entscheidend. Wenn wir sie zum Herabwirtschaften zwingen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis viele Produkte keine Käufer mehr finden und die steigende Arbeitslosigkeit auch Deutschland erreicht.

### Die Krise ist auch eine Chance

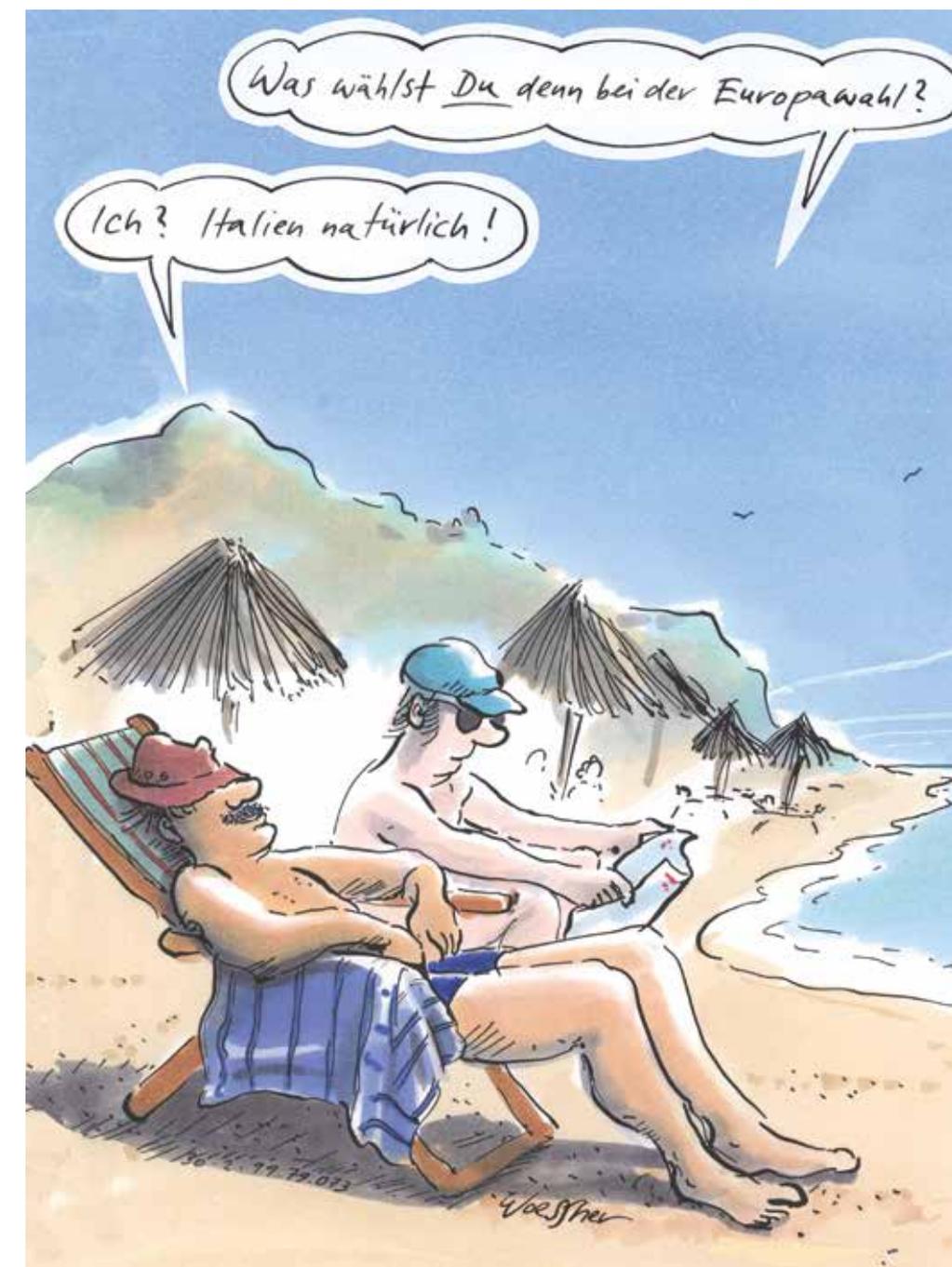
Die Krise ist auch die Chance, verdrängte Probleme endlich anzugehen und unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften zukunftsfest zu machen. Zukunftsinvestitionen, Arbeitsplatzsicherung und Klimaschutz können Hand in Hand gehen. Anstatt nicht mehr überlebensfähige Industrien künstlich am Leben zu erhalten, können an anderer Stelle dauerhaft gute Jobs geschaffen werden. Das ist uns Grünen bereits beim Erneuerbare-Energien-Gesetz gelungen:

Deren Anteil konnte von 4 Prozent im Jahr 2000 auf mittlerweile 25 Prozent gesteigert werden und 400.000 neue Jobs sind in diesem Bereich entstanden - fast zwölf Mal so viele wie in der deutschen Nuklearindustrie.

Damit eine ähnliche Dynamik in ganz Europa in Gang kommt, muss die EU endlich aus ihrer Lethargie beim Klimaschutz aufwachen: Das 2020-Reduktionsziel für die Treibhausgase muss von 20 Prozent auf 30 Prozent hochgesetzt werden, um einen Investitionsschub auszulösen.

In meinem Arbeitsbereich, der Verkehrspolitik, könnten wir die umweltfreundlichen Verkehrsmittel attraktiv machen und dort Tausende neue Jobs schaffen, wenn wir die Subventionen für den klimaschädlichen Luftverkehr beenden würden. Die Airlines erhalten in der EU jährlich 30 Milliarden Euro, weil sie - im Gegensatz zur umweltfreundlichen Bahn - keine Kerosin- und auf internationalen Relationen nicht einmal die Mehrwertsteuer zahlen! In seiner ursprüngliche Bedeutung bezeichnet das Wort Krise im Griechischen nicht den Moment der Verzweiflung, sondern den Wendepunkt einer Entwicklung, eine Chance. Die Europawahlen 2014 werden zur entscheidenden Abstimmung über die Richtung dieser Wendung. Es geht zwar glücklicherweise nicht um Krieg oder Frieden, aber dafür um Resignation oder Zukunft.

Von Michael Cramer, MdEP  
Michael Cramer ist grüner Europa-abgeordneter aus Berlin und verkehrspolitischer Sprecher der grünen Fraktion



Zeichnung: Freimut Woessner

### die europäische grüne Partei

englisch: European Green Party; **EGP** – umfasst 36 grüne Parteien aus 33 europäischen Staaten. Sie wurde am 21. Februar 2004 in Rom gegründet und folgt der Europäischen Föderation Grüner Parteien (EFGP). Die EGP ist einer der vier Regionalverbände der Global Greens. Zusammen mit der Europäischen Freien Allianz bildet sie im

Europäischen Parlament die Fraktion. Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament (Grüne/EFA) mit 46 von 756 Mandaten. Parteivorsitzende sind Monica Frassoni und Reinhard Bütikofer, Generalsekretärin, Jacqueline Cremers. (Wikipedia)

### Europawahlen 2009 in Berlin

**CDU:** 24,83 Prozent  
**Grüne:** 23,6 Prozent  
**SPD:** 18,8 Prozent  
**Linkspartei:** 14,7 Prozent  
**FDP:** 8,7 Prozent  
**Wahlbeteiligung:** 35,1 Prozent  
(869.339 von 2.473.787 Wahlberechtigten)

Quelle: Landeswahlleiter



**Ska Keller, MdEP**  
 nominiert von der europäischen Grünen Jugend FYEG, aus Deutschland, Expertin für Flüchtlinge/Migration  
 „Ich bin in Ostdeutschland aufgewachsen, aber meine Heimat war immer Europa. Durch meine grenzüberschreitende Arbeit wurden Anti-Rassismus und Internationalismus zu meinen Grundprinzipien.“



**Rebecca Harms, MdEP**  
 von Bündnis 90/Die Grünen mit über 80 Prozent nominiert, aus Deutschland, Expertin für Energie/Atom, Co-Vorsitzende der Grünen/EFA im EU-Parlament  
 „Der Streit um Energiewende und Klimaschutz zeigt mir, dass wir als relativ kleine Partei nicht nur Leidenschaft, sondern auch viel Geduld für unsere großen Ideen brauchen. Das gilt auch für Europa. Neue Schritte in Richtung der politischen Union stehen an.“



**Monica Frassoni**  
 Co-Vorsitzende der EGP, nominiert von Federazione dei Verdi aus Italien, Expertin für Recht und Verfassung  
 „Um unser Selbstbewusstsein zurückzuerlangen und einen positiven Einfluss auf das Weltgeschehen zu haben, müssen die nächsten EP-Wahlen ein echter Wettbewerb werden. Wir müssen lautstarke Debatten mit den anderen Parteien führen, indem wir unsere Mitglieder mobilisieren und neue Unterstützer finden.“



**José Bové, MdEP**  
 nominiert von Europe Écologie-Les Verts aus Frankreich, Experte für Agrar, Bio/Gentechnik  
 „Ich verstehe mich vor allem als Landwirt der Welt. Auf dem Larzac habe ich Schafe gemolken und mein Land gegen die Armee verteidigt. Von Seattle bis Porto Alegre kämpfte ich mit NGOs dafür, dass unsere Welt nicht zum Verkauf steht! Seit 1970 bestimmt die Ökologie mein Leben.“

Fotos: EGP

## Europaweite Vorwahlen zur Nominierung der Grünen Spitzenleute

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 kommen in großen Schritten näher. Diesmal gehen alle großen Parteienfamilien mit Spitzenkandidierenden in die Wahl. Die Idee dahinter: ein europäischer Wahlkampf statt 28 nationaler Wahlkämpfe. Die Spitzenkandidatin oder der Spitzenkandidat sollen in ganz Europa präsent sein und Wahlkampf machen. Sie kandidieren gleichzeitig für die Kommissionspräsidentschaft, die ebenfalls im kommenden Jahr neu besetzt werden wird.

### Grüne Vorwahlen – green primaries

Die Europäische Grüne Partei hat im Mai 2013 beschlossen, europaweite „Primaries“ zur Nominierung von zwei Grünen Spitzenkandidatinnen oder -kandidaten durchzuführen. Die Nominierungsphase ist abgeschlossen, es läuft die Online-Wahl. Wie bei Grünen üblich muss mindestens eine von beiden eine Frau sein, und jede Mitgliedspartei durfte maximal eine Person benennen. Auf BDK im Oktober wurde Rebecca Harms als Kandidatin der deutschen Grünen nominiert. Jede Kandidatin, jeder Kandidat muss von vier weiteren nationalen Mitgliedsparteien unterstützt werden. Die Abstimmungsphase läuft bis zum 28. Januar 2014, das Ergebnis wird am 29. Januar verkündet. Alle EU-Bürger ab 16 Jahren, die Grüne Werte unterstützen, können sich online beteiligen. Die Abstimmung kann technisch nicht nur auf Mitglieder beschränkt werden, da viele Grüne Parteien in Europa sehr viel weniger Ressourcen haben als die deutschen Grünen und nicht alle

grünen Mitgliedsparteien über aktuelle Mitgliederlisten verfügen. Die Öffnung der Abstimmung für Sympathisanten und Sympathisanten kann aber zu einer breiteren Mobilisierung führen. Die Gewählten werden die Gesichter der gemeinsamen europaweiten Kampagne, auch bei den ersten EU-weiten Fernsehduellen.

### Diskussion um Datenschutz

Für die Abstimmung ist eine Registrierung per Email und SMS notwendig sowie die Versicherung, über 16 Jahre alt und Grünes Mitglied oder Sympathisant zu sein. Selbstverständlich darf nur einmal abgestimmt werden. Das ist natürlich nicht hundertprozentig sicher, weil mit weiteren Email-Adressen oder SIM-Karten mehrfach teilgenommen werden könnte.

Bei den deutschen Grünen gab es dazu und zur Datensicherheit eine breite Debatte. Auf der BDK im Oktober in Berlin wurde beantragt, die Primaries aus datenschutzrechtlichen Gründen zu stoppen, doch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die österreichischen Grünen sind hingegen kurzfristig aus technischen und datenschutzrechtlichen Gründen aus den Vorwahlen ausgestiegen und haben ihre Kandidatin zurückgezogen. Viele andere Grüne Parteien in Europa beteiligen sich jedoch aktiv an den „green primaries“. Mit Primaries haben sowohl die Grünen als auch die Sozialisten in Frankreich hervorragend mobilisieren und (deshalb?) Wahlen gewinnen können. Die französischen Grünen hatten für

die Europawahl 2009 in Primaries ihre Mitglieder von 6.000 auf 30.000 gesteigert und das mit Abstand beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. François Hollande hatte zuerst die Primary seiner Sozialisten gewonnen und gewann damit die Präsidentschaftswahl 2012.

Wir sind die europäischste Partei in Europa, aber wer kennt schon die nicht-deutschen Spitzenpolitikerinnen und -politiker im Europaparlament? Dieser Primary-Wettbewerb soll einige von ihnen europaweit bekannter machen.

Redaktion



### WIE GEHT'S?

1. Registrieren auf <https://www.greenprimary.eu/>
2. Per E-Mail kommt eine Bestätigung, per SMS ein Passwort
3. Mit diesen Daten einloggen
4. Wählen

**TERMINE** 15. Dezember 2013: Primary Debate (Göteborg, Schweden)

7. Januar 2014: Chat mit Monica Frassoni (Online)

11. Januar 2014: Primary Debate (Berlin, Deutschland)

18. Januar 2014: Primary Debate (London, Großbritannien)

20. Januar 2014: Primary Debate (Rom, Italien)

21. Januar 2014: Chat mit Rebecca Harms (Online)

23. Januar 2014: Primary Debate (Brüssel, Belgien)

27. Januar 2014: Hangout mit allen KandidatInnen (Online)

# 600.000 Stimmen für die Energiewende

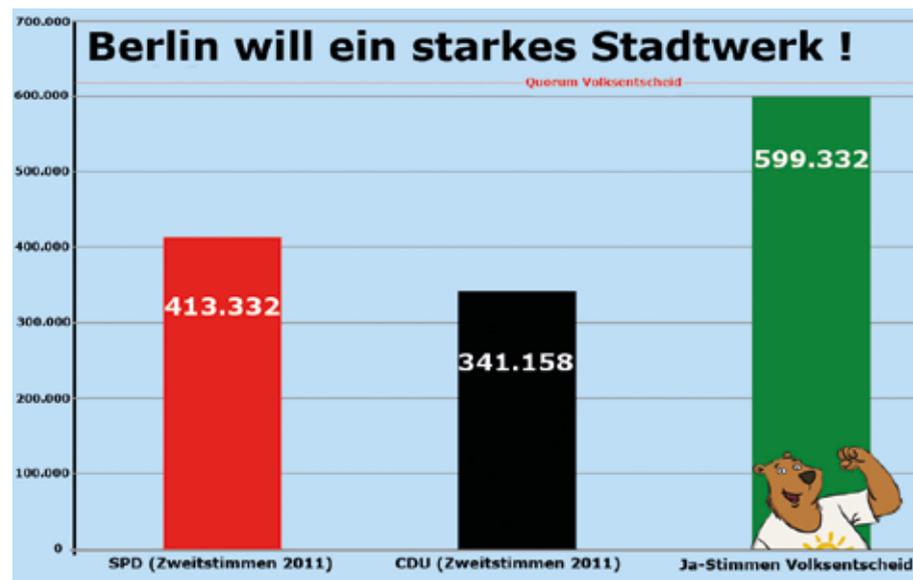
Michael Schäfer, MdA

## Wie wir was draus machen können

Nach dem Volksentscheid ging der Regierende Bürgermeister im Abgeordnetenhaus selbst ans Redepult. Er schrie und wütete, die Opposition sei gescheitert, der Energietisch habe getrickst. Auf unser Angebot, jetzt parteiübergreifend einen Kompromiss zwischen den Stadtwerkskonzepten zu finden, ging er nicht ein. Aber in den Nebensätzen machte er Zugeständnisse: Das Stadtwerk müsse besser ausgestattet werden, die Konzeption des Stadtwerks sei zu begrenzt, das Konzept müsse weiterentwickelt und das Parlament dabei einbezogen werden.

Wowereits bunte Mischung aus Haudrauf-Rhetorik und Kompromissbereitschaft schien so widersprüchlich wie das Ergebnis des Volksentscheids selbst: 600.000 Berlinerinnen und Berliner haben ganz knapp Ihr Ziel verfehlt, per Gesetz ein starkes Stadtwerk zu gründen. Verloren hat auch der Senat; seinem Aufruf „Nein“ zu stimmen folgten nur 4,9 Prozent der Wahlberechtigten. Der Gesetzesentwurf des Energietisches ist knapp am Zustimmungsquorum gescheitert, der Senat hat für seine Energiepolitik ein Misstrauensvotum kassiert.

Wie weiter nach dem Volksentscheid? Klar ist: 600.000 Berlinerinnen und Berliner wollen eine ökologischere, sozialere, demokratischere Energiepolitik. 600.000 Berlinerinnen und Berliner haben der Energie und Klimapolitik im Land Berlin einen neuen Stellenwert gegeben und sie haben Erwartungen an die Politik formuliert. Ich glaube, wir



können diesen Erwartungen nur mit einer Doppelstrategie gerecht werden: Kompromissuche im Abgeordnetenhaus und Unterstützung der immer stärker werdenden Kräfte der Energiewende von unten.

## Grundkonsens Stadtwerke Berlin

Einerseits sollten wir den Weg fortsetzen, für einen parteiübergreifenden Minimal-Konsens beim Stadtwerk zu streiten. Ich habe vorgeschlagen, dass wir im Abgeordnetenhaus dazu eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe einsetzen, die jenseits der üblichen Rituale von Regierung und Opposition arbeitet. Sie könnte die Form einer zeitlich auf 12 bis 18 Monate begrenzten Enquete-Kommission haben und sollte klären, welche Aufgaben für das Stadtwerk

denkbar und welche davon wirtschaftlich wären. Sie sollte sich der Frage annehmen, wie wir endlich die Aufgabe angehen können, öffentliche Gebäude zu dämmen, um die Energiekosten des Landes in den Griff zu kriegen und Arbeitsplätze im Handwerk zu schaffen.

Zu dem Vorschlag gibt es schon einige positive Rückmeldungen, es könnte also klappen. Vom Energietisch bis zur IHK besteht ja auch Einigkeit, dass es eine Institution braucht, die den Klimaschutz in Berlin vorantreibt, die die Potenziale Berlins für die Energiewende endlich nutzt. Wenn es gut läuft, kommt ein Minimalkonsens dabei heraus, der auch die Aufgabenbeschreibung und Struktur des Stadtwerks betrifft. Je nach Regierungsmehrheit

kann dann draufgesattelt werden. Wichtig ist, dass wir jetzt nicht nochmal drei Jahre (bis zum Ende der Legislaturperiode) verlieren.

## Energiewende von unten

Nur unter dem Druck des Volksbegehrens hat sich der Senat bewegt und nur unter dem Druck der 600.000 Stimmen hat Wowereit erklärt, das Stadtwerk weiter stärken zu wollen. Der Volksentscheid ist der zweite große Erfolg der Energiewende von unten in den vergangenen Jahren. 2008 haben die Berliner Umweltbewegung und wir Grüne die Pläne zum Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Rummelsburg gekippt. Damals ist es uns gelungen, einen öffentlichen Druck aufzubauen, dem Vattenfall nicht stand hielt. Der Regierende Bürgermeister, der bis zuletzt zu Vattenfall hielt, hat dann den Klimaschutz zur „Chefsache“ gemacht, ein Klimabündnis mit Berliner Unternehmen gegründet (das nach zwei Pressekonferenzen wieder eingeschlafen ist), sich von Vattenfall den Braunkohleausstieg Berlins bis 2016 versprechen lassen (den Vattenfall inzwischen mit Plazet des Bürgermeisters wieder zurückgenommen hat) und ein Klimaschutzgesetz angekündigt (das er dann selber wieder kassiert hat).

Wir konnten den Druck von unten damals nicht aufrecht erhalten. Daraus müssen wir diesmal lernen. Es reicht nicht, wenn wir Grüne als uns als Lobby der 600.000 verstehen, wir müssen auch im Kontakt bleiben und ihnen zum Beispiel andere Aktionsformen

anbieten. Denn 600.000 Leute sind ja enttäuscht, dass sie ihr Ziel beim Volksentscheid nicht erreicht haben, viele davon sind für uns Grüne ansprechbar.

Ich glaube wir sollten über die Beteiligungsmöglichkeiten bei der „Bürger-Energie-Berlin“ informieren, die das Berliner Stromnetz als Genossenschaft in Bürgerhand nehmen will. Etwa 40 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sind noch im teuren Grundversorgertarif von Vattenfall. Zum Vergleich: Die Energiegenossenschaft, von der ich 100 Prozent Ökostrom beziehe, ist billiger als der Kohle-Strom, den Vattenfall im Grundversorgertarif verkauft. Gerade diese Menschen sollten wir über die Wechselmöglichkeiten informieren. Sofern wir das mit einer echten Stromwechsellkampagne tun, sollten wir die mit einer politischen Forderung (beispielsweise dem Braunkohleausstieg) verbinden. Das sind nur erste Ideen, weitere sollten wir entwickeln.

Denn der Volksentscheid hat gezeigt: Es gibt eine Antwort auf große Koalitionen und die heißt: „Energiewende von unten“. Ich fürchte, dass wir diese Notwendigkeit auf Bundesebene auch bald erleben werden.

## Wowereits Trickserien:

„In der direkten Demokratie können alle Bürgerinnen und Bürger idealerweise zwischen dem Vorschlag einer Volksinitiative und einem Gegenvorschlag der Regierungsmehrheit wählen. In der Theorie haben sie dabei optimale Bedingungen sich zu informieren und zu beteiligen, damit sie nach einem fairen und redlichen Wettstreit der Argumente die beste Entscheidung für das Land Berlin treffen können. So gewinnt nicht nur die Mehrheit, sondern auch Berlins Demokratie. Beim Volksentscheid „Neue Energie“ war es leider anders. Die Koalition hat nicht wie vorgesehen 60 Tage vor der Abstimmung einen Gegenvorschlag formuliert, dazu fehlte ihr der Mut.“

Stattdessen hat sie 10 Tage vor der Abstimmung so getan, als würde sie den Volksentscheid im Kern übernehmen. Sie hat getrickst statt ehrlich eine Mehrheit für ihren Weg zu erstreiten und 1,7 Millionen dafür ausgegeben, den Bürgern die Teilnahme zu erschweren, indem sie eine Abstimmung am Tag der Bundestagswahl verhinderte. Zudem hat der Senat hat Vattenfall schätzen lassen, was das Stromnetz kostet und das als „amtliche Kostenschätzung“ an alle Wahlberechtigten geschickt. Die demokratische Kultur war wohl der größte Verlierer dieses Volksentscheids.“

## Ergebnis in Zahlen

### Berliner Energietisch 2013

- Stimmberechtigte: 2.483.756
- TeilnehmerInnen: 722.109 = 29,1 %
- Ungültig: 1.408 = 0,2 %
- Ja-Stimmen: 599.588 = 83,0 % der TeilnehmerInnen, 24,1 Prozent aller Stimmberechtigten

- Nein-Stimmen: 121.113 = 16,8 %

Volksentscheid gescheitert, 25 % aller Stimmberechtigten hätten mit Ja stimmen müssen.

### Wassertisch 2011

- Stimmberechtigte: 2.466.288
- TeilnehmerInnen: 678.507 = 27,5 %
- Ungültig: 692 = 0,1 %
- Ja-Stimmen: 666.235 = 98,2 % der TeilnehmerInnen, 27,0 % aller Stimmberechtigten

- Nein-Stimmen: 11590 = 1,7 %

Volksentscheid angenommen, über 25 % aller Stimmberechtigten haben mit Ja gestimmt.

# Das Verhältnis von Staat, Kirchen und Konfessionsfreien braucht eine neue Grundlage

Jürgen Roth, KV Tempelhof-Schöneberg

**Eine grundlegende Reform der Stellung von Kirchen in Deutschland ist überfällig. Waren 1919 bei Verabschiedung der Weimarer Verfassung – deren Kirchenrecht bis heute gilt – noch über 95 Prozent der Menschen in Deutschland Angehörige der beiden großen christlichen Kirchen, sind heute mehr als 30 Millionen Menschen konfessionsfrei. Hier leben etwa so viele Konfessionsfreie wie Angehörige der evangelischen- oder der katholischen Kirche.**

## Diskussion mit gegenseitigem Respekt führen

Auch ohne ihre Monopolstellung gehören die Kirchen zu den bedeutendsten gesellschaftlichen Kräften in Deutschland. Ihre Einrichtungen und ihre haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen gerade bei der Betreuung hilfsbedürftiger Menschen und beim Schutz von Minderheiten eine bedeutsame gesellschaftliche Rolle. Auch viele Grüne sind den Kirchen in Beruf oder Ehrenamt verbunden. Die Diskussion müssen wir mit gegenseitigem Respekt führen. Kampftheismus ist ebenso fehl am Platz wie ängstliches Beharren auf Privilegien von gestern.

Kirchen sind „Körperschaften des öffentlichen Rechts“. Sie können ihr eigenes Arbeitsrecht ohne „störende“ staatliche Gerichte erlassen. Mit circa

1,3 Millionen Beschäftigten sind sie nach dem Staat zweitgrößter Arbeitgeber des Landes. Etwa 50.000 Betriebe sind im Besitz von Kirchen, Klöstern oder kirchlichen Einrichtungen. Dazu gehören auch Caritas und Diakonie. Sie dürfen besondere Loyalitätspflichten bis in den Privatbereich hinein verlangen. Was dabei „Verkündung“ ist, bestimmen sie nach eigenem Gusto. Rund eine Millionen Beschäftigte müssen sich diesem Sonderweg unterwerfen. Kirchen dürfen KindergärtnerInnen kündigen, die mit ihren Partnerinnen und Partnern zusammenleben oder erneut heiraten. ÄrztInnen, die sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch aussprechen, müssen mit Entlassung rechnen. Schwule und Lesben werden genötigt, ihre privaten Verbindungen zu verheimlichen, wollen sie ihren Arbeitsplatz behalten. Wer aus der Kirche austritt, riskiert den Arbeitsplatz.

Im September 2012 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Kündigung eines getrennt und in außerehelicher Beziehung lebenden Angestellten der katholischen Kirche rechtswidrig ist. Im Betriebsverfassungsgesetz und im allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz müssen endlich die Bereichsausnahmen für Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften gestrichen werden.

Der Chirurg soll den Blinddarm herausnehmen und nicht missionieren – dafür muss er aber streiken dürfen.

## Undurchschaubare Finanzierung der Kirchen

Eine weitere Bauhütte ist die undurchschaubare Finanzierung. Der Staat zieht die kirchliche Mitgliederabgabe – 2012 rund 10 Milliarden Euro – wie seine eigenen Steuern mit den Mitteln des Verwaltungszwangs ein. Um die Steuerpflichtigen bei Laune zu halten, wird ihnen die tatsächlich gezahlte Kirchensteuer in voller Höhe als Sonderausgabe abgezogen; das waren laut Subventionsbericht der Bundesregierung in den Jahren 2011 und 2012 etwa drei Milliarden Euro. Trotz dieser – auch von Konfessionsfreien mitfinanzierten Vergünstigungen – stehen Kirchensteuerzahlern gegenüber den Empfängern weniger Rechte zur Verfügung als gegenüber Vereinen, Parteien und Verbänden. Der Einzug der Kirchensteuer durch die Finanzämter zwingt die Beschäftigten zudem, ihre Konfession anzugeben. Niemand darf aber nach dem Grundgesetz gezwungen werden, die Religion zu offenbaren; es hat Chefin und Chef nicht zu interessieren.

Unhaltbar sind die in den Konkordaten und Kirchenverträgen immer wieder neu festgeschriebenen historischen Staatleistungen an die großen

christlichen Kirchen. Die Bundesländer entschädigen sie bis heute für den Verlust von Lehen und Kirchengütern während der Herrschaft Napoleons oder noch früher. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 flossen bis 2010 insgesamt 14,83 Milliarden Euro als „Staatsleistungen“ an die Kirchen; allein 2012 wurden insgesamt 474.915.000 Euro überwiesen. Diese „Staatsleistungen“ sollten aber bereits nach dem Willen der Verfassung 1919 (!) abgelöst werden. Stattdessen wurden sie kontinuierlich gezahlt, und zwar während der Weimarer Republik, der Zeit des Nationalsozialismus und nach 1945. Auch Berlin zahlt für alte Staatsleistungen im Jahre 2012 10,6 Millionen Euro. Es ist zwar erfreulich, dass Nikolaus Schneider für die Evangelische Kirche an diesem Punkt Gesprächsbereitschaft signalisiert hat. Aber er soll klarstellen, dass mit der Ablösung keine Kapitalentschädigung in vielfacher Höhe der Jahreszahlungen gemeint ist.

## Schwierige Diskussion Religionsunterricht

Schwierige Diskussionen wird es zum Religionsunterricht geben. Der sollte durch ein gemeinschaftliches Fach Ethik oder Philosophie ersetzt werden, in dem – wie in Berlin und Brandenburg – das Gemeinsame Vorrang vor dem Trennenden hat. Die Kirchen, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften haben auch nach dem Scheitern der Initiative „Pro Reli“ Zugang zu den öffentlichen Schulen in Berlin. Die Zahlen sind ein Beleg für die



Foto: C. Koelling

Vielfalt in der Stadt. Mit 82.3000 Schülern ist der protestantische Religionsunterricht das Schulfach mit den meisten TeilnehmerInnen. Fast 54.000 TeilnehmerInnen hatte im vergangenen Schuljahr aber bereits die Humanistische Lebenskunde. Auf dem dritten Platz mit etwa 25.000 Schüler kam der katholische Religionsunterricht, 5.400 Schülerinnen und Schüler nahmen am Unterricht der Islamischen Föderation teil; beim Fach jüdische Religion etwa 830 SchülerInnen. Rund 160 Schüler zählte die alevitische Gemeinde in

ihrem Weltanschauungsunterricht. Auch die Zusammensetzung der Rundfunk- und Ethikräte und anderer öffentlicher Gremien bildet längst nicht mehr die Gesellschaft ab. Neben kirchlichen Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialssektor müssen auch die religiös nicht-gebundenen Träger gefördert werden. Das Wort zum Sonntag sollte endlich auch von Muslimen und Religionsfreien gesprochen werden.

### ➔ Einnahmen

#### Einnahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland (Mio. EUR/Prozent)

Kirchensteuer und Gemeindebeitrag	
4 770 Mio. €	48,0 %
Kollekten, Opfer und Spenden	
310 Mio. €	3,1 %

Entgelte für kirchliche Dienstleistungen (z.B. Elternbeiträge in Kindereinrichtungen, Schulgeld, Friedhofswesen, sonstige Erträge) 1 260 Mio. € 12,7 %

Vermögenseinnahmen (Mieten, Pachten, Kapitalerträge) 750 Mio. € 7,6 %

Fördermittel und Zuschüsse von Dritten (für den Betrieb von Kitas etc.)	
1 950 Mio. €	19,6 %
Investitionszuschüsse	
50 Mio. €	0,5 %
Staatsleistungen	
260 Mio. €	2,6 %

Sonstiges (Darlehen, Rücklagen)	
580 Mio. €	5,8 %
Einnahmen insgesamt	
9 930 Mio. €	100,0 %

Quelle:  
<http://www.ekd.de/statistik/finanzen.html>

## Volles Haus im Berliner Abgeordnetenhaus

Christian Kölling



Nicht Geiz ist geil - sondern Nachhaltigkeit ist cool. Die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und der Lette-Verein bewiesen beim Nachhaltigkeitskongress „Green Passion Day - wir denken bis übermorgen“, der unter Schirmherrschaft von Ralf Wieland, dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses stand, dass gesundes Essen, schicke Kleidung und politisch verantwortungsvolles Denken kein Widerspruch sein müssen. In drei Workshops gab es Tipps und Diskussion über „fleischlose Ernährung“, „ökologisch und sozial nachhaltige Mode“ sowie zu „ressourcenschonenden Lebensstilen“. Zur abendlichen Modenschau war das Foyer des Berliner Abgeordnetenhauses vollbesetzt wie wohl lange nicht mehr.



Fotos: Fraktion

### ➤ Ausschussbesetzung Grüne

**Bauen, Wohnen und Verkehr:** Andreas Otto, Katrin Schmidberger, Stefan Gelbhaar, Harald Moritz

**Stadtentwicklung und Umweltschutz:** Antje Kapek, Silke Gebel, Michael Schäfer, Dr. Turgut Altug

## Ethnische Ökonomie und Grüne Wirtschaft

Kongress im Abgeordnetenhaus  
Christian Kölling

Migration und Ökologie gelten einerseits als Kernthemen grüner Politik. Andererseits scheint das Verhältnis zwischen „den MigrantInnen“ und „der Ökologie“ gespannt. Die Fraktionsvorsitzende Ramona Pop unterstrich in ihrer Begrüßungsrede: „Kulturelle Vielfalt schafft Arbeitsplätze und baut Brücken in der Welt. Sie hilft somit dabei, neue Märkte zu erschließen und neue Kooperationspartner zu gewinnen.“ Rund 16 Prozent der Selbständigen in Berlin hätten einen Migrationshintergrund. In der Stadt gebe es rund 40.000 solcher UnternehmerInnen, die allein 2012 mehr als vier Milliarden Umsatz erwirtschafteten. Laut einer aktuellen IHK-Studie seien neben Talent und Risikobereitschaft auch die besonderen Probleme von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt für die Unternehmensgründung ausschlaggebend. „Von MigrantInnen gegründete Unternehmen sind ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft. Das Bild vom Gemüsehändler stimmt längst nicht mehr!“

Nach Einschätzung von Michael Ziegler (eidos Consult, UnternehmensGrün e.V. - Bundesverband der grünen Wirtschaft) ist Kostenreduzierung auch bei migrantischen Unternehmen der alles entscheidende Anreiz für nachhaltiges Wirtschaften. UnternehmensGrün fördert mit der Unterstützung von Juniorunter-

nehmen bereits in der Schule die Entwicklung nachhaltiger Geschäftsideen.

Torsten Albrecht (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung) wies im zweiten Vortrag auf Klimawandel hin. Wachstum und Klimaschutz seien vereinbar, wie bereits der Stern Review 2006 erläuterte. Je länger Anpassungsmaßnahmen aber hinausgezögert würden, desto schwieriger sei das Umsteuern. Ein Überschreiten der Erderwärmung um mehr als zwei Grad hätte katastrophale Folgen. In der Region Berlin - Brandenburg träten dann z.B. bis zum Jahr 2100 deutlich mehr Extremereignisse wie Dürren, Starkregen und Stürme auf.

In drei parallel stattfindende Foren konnten die etwas mehr als 100 KongressteilnehmerInnen sich informieren und Erfahrungen austauschen. Im Forum I schilderten Georg Kaiser, Mitbegründer der BioCompany, sowie Michael und Phornphilia Näckel, InhaberInnen der Papaya-Restaurants, die Geschichte ihrer Unternehmen und die Inhalte ihrer Arbeit. Forum II widmete sich Förder-

möglichkeiten und Netzwerken in der grünen Wirtschaft. Thema in Forum III war die Energieeffizienz in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die Beiträge der Abschlussdiskussion ließen den Wunsch erkennen, in Zukunft Ökonomie und Ökologie nicht länger als Gegensatz sondern als Ergänzung zu denken. Der Kongress „MigrantInnen-Unternehmen und Grüne Wirtschaft“ war ein gelungener Auftakt, dem weitere Veranstaltungen folgen sollen.



**Bildung, Jugend, Familie:** Dr. Turgut Altug, Marianne Burkert-Eulitz, Stefanie Remlinger, Thomas Birk

**EuroBund, Medien:** Anja Schillhaneck, Silke Gebel, Stefan Gelbhaar, Andreas Otto

**Gesundheit und Soziales:** Jasenka Villbrandt, Martin Beck, Heiko Thomas, Benedikt Lux

**Inneres, Sicherheit, Ordnung:** Benedikt Lux, Thomas Birk, Dirk Behrendt, Canan Bayram

**Integration, Arbeit, Berufl. Bildung und Frauen:** Susanna Kahlefeld, Sabine Bangert, Canan Bayram, Anja Kofbinger

**Kultur:** Sabine Bangert, Susanna Kahlefeld, Katrin Schmidberger, Oliver Schruoffenegger



Fachgespräch zur geschlossenen Unterbringung

## Die Haasenburg wird dicht gemacht - und nun?

Marianne Burkert-Eulitz, MdB

### Wenn ein Jugendlicher untergebracht ist, darfst du ihn nicht vergessen!

Seit dem Anfang November ist klar, die berüchtigte „Haasenburg“, eine geschlossene Jugendhilfeeinrichtung in Brandenburg, in der Kinder und Jugendliche misshandelt und gequält wurden, wird dank der Aktivität vieler, endlich geschlossen. Sogenannte schwierige Kinder und Jugendliche, bei denen scheinbar nichts anderes hilft, werden jedoch auch in Zukunft weiter untergebracht werden. Es reicht nicht, lediglich empört gegen das Wegschließen von Kindern zu sein. Solange das Familienrecht dies zulässt, wird es die Geschlossene Unterbringung (GU) geben. Berlin schickt diese Kinder und Jugendliche nach Brandenburg, Baden-Württemberg oder Bayern – Kontrolle und Schutz durch Berliner Gerichte, Jugendämter oder Vormünder ist so nicht möglich. Wie können wir unsere Kids besser schützen? Um politische und gesetzgeberische Handlungsaufträge zu entwickeln, hat die Grüne Abgeordnetenhausfraktion ein Fachgespräch unter

dem Titel „Geschlossene Unterbringung - Kinder und Jugendliche ohne Rechte?“ durchgeführt. Viele Fachkräfte aus den Bereichen Kinder- und Jugendpsychiatrie, der freien und öffentlichen Jugendhilfe und von Seiten der Familiengerichte haben gemeinsam mit uns über Bedingungen diskutiert, die Kinder und Jugendliche besser schützen und ihre Rechte stärken. Den betroffenen Kindern und Jugendlichen soll in Zukunft über das familiengerichtliche Verfahren hinaus ein Rechtsbeistand zur Seite gestellt werden, es braucht klare „Vollzugsregeln“, die die Rechte der Kinder garantieren und die Pflichten der Einrichtungen festlegen. Es darf keine langfristigen gerichtlichen Beschlüsse mehr geben, sie müssen in kurzen Fristen überprüft werden. Vormünder, RichterInnen und fallführende SozialarbeiterInnen in den Jugendämtern müssen verpflichtet und in die Lage versetzt werden, die Kinder und Jugendlichen regelmäßig zu besuchen. Es müssen verbindliche Beschwerdesysteme implementiert werden. Es müssen bundesrechtlich verbindliche Qualitätsstandards für diese Einrichtungen eingeführt werden. Sie müssen regelmäßig kontrolliert werden und transparent ihr Handeln offen legen.

## Sandra Scheeres allein Zuhause – Rot-Schwarzer Stillstand in der Bildungspolitik

Stefanie Remlinger, MdB

**Eigentlich soll Frieden herrschen in Berlin – Schulfrieden. Nach der großen Schulstrukturreform, nach Einführung der Früheinschulung, der flexiblen Schuleingangsphase, des jahrgangsübergreifenden Unterrichts usw. sind die Berliner AkteurInnen müde. Sie sind schlecht vorbereitete, nicht ausfinanzierte Reformen leid.**

Deshalb kam Ende der letzten Wahlperiode auch das Thema Inklusion ins Stocken. Zwar hat sich Berlin schon 2007 dazu bekannt, dass zukünftig alle SchülerInnen, egal ob im Rollstuhl, mit Seh-, Hör- oder auch Lern-Behinderung bzw. sozial-emotionaler Entwicklungsstörung – den sogenannten „sonderpädagogischen Förderbedarfen“ –, gemeinsam an einer Schule lernen können. Aber kostenneutral ist das nicht zu machen. Das stellte die neue Senatorin Scheeres gleich zu Beginn ihrer Amtszeit 2011 klar.

Doch was geschah? Der Prozess wurde neu aufgerollt, mit Sibylle Volkholz eine renommierte Grüne Bildungspolitiklerin an die Spitze des Fachbeirats gesetzt – doch als es im Rahmen der Haushaltsberatungen ans Umsetzen der Empfehlungen ging, machten ihr die eigenen

Regierungsfractionen einen Strich durch die Rechnung – vorerst. Sie stellten klar, dass ihnen so ziemlich alles andere wichtiger ist als diese Kinder.

Doch auch für die Lehrkräfte scheinen sich Scheeres & Co nur mäßig zu interessieren. Seit Monaten schwelt nun schon der Tarifstreit mit den nicht-verbeamteten LehrerInnen, die Streiks gehen weiter, doch es geschieht: Nichts. Der Finanzsenator blockt. Dabei müsste sich aus grüner Sicht die Bildungsministerin an die Spitze derjenigen setzen, die für einen Tarifvertrag für die angestellten Lehrkräfte kämpfen. Der kann nicht von Berlin allein gemacht, sondern muss auf Ebene der Tarifgemeinschaft der Länder verabredet werden. Aber Berlin sitzt mit am Tisch der Verhandlungen und müsste aufgrund der ständig steigenden Zahl nicht-verbeamteter Lehrkräfte ein eminentes Interesse daran haben, den Prozess voran zu treiben. Nur so kann wieder die Ruhe einkehren in die Schulen, die sie so dringend brauchen.

Denn Aufgaben zu erledigen bleiben auch dann noch genug: Berlin belegt nach wie vor bei fast allen Vergleichungen bundesweit den letzten Platz...



Özcan Mutlu zwischen den Beiden Fraktionsvorsitzenden (Ramona Pop, links und Antje Kapek)

## Özcan geht, Oliver kommt.

Tschüss Özcan sagen die einen, hallo Mutlu die anderen: Die Fraktion im Abgeordnetenhaus hat Özcan Mutlu, ihren langjährigen bildungspolitischen Sprecher, verabschiedet – die Bundestagsfraktion heißt ihn willkommen. Özcan stand auf Platz zwei der Berliner Landesliste und ist seit den Bundestagswahlen Berliner Mitglied des Bundestages.

Für ihn rückt Oliver Schruoffeneger ins Abgeordnetenhaus nach. Oliver war bereit von 2001 bis 2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses und arbeitet als Referent im Bezirksamt Steglitz. Er wird für die Fraktion als Sprecher für Kulturwirtschaft tätig sein. Neue Sprecherin für Bildungspolitik ist die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stefanie Remlinger.



Oliver Schruoffeneger

### ➔ Ausschussbesetzung Grüne

**Petition:** Anja Kofbinger, Harald Moritz

**Sport:** Martin Beck, Anja Schillhaneck, Claudia Hämmerling

**Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten Verbraucherschutz, Geschäftsordnung:** Benedikt Lux, Canan Bayram, Dirk Behrendt, Dr. Turgut Altug

**Verfassungsschutz:** Benedikt Lux, Clara Herrmann

**Wirtschaft, Forschung und Technologie:** Bola Olalowo, Michael Schäfer, Nicole Ludwig, Heidi Kosche

**Wissenschaft:** Anja Schillhaneck, Bola Olalowo, Jasenka Villbrandt

**Hauptausschuss:** Clara Hermann, Stefanie Remlinger, Nicole Ludwig, Heiko Thomas, Jochen Esser

## Mitmachen thematisch – Landesarbeitsgemeinschaften

### Bildung

14-tägig, mittwochs 19.30 Uhr im \*Abgeordnetenhaus (AH) Stefanie Remlinger, 23 25-24 73 stefanie.remlinger@gruene-fraktion.de Torsten.Wischnowski@gruene-pankow.de

### Bio- und Gentechnik

Zweiter Montag im Monat, 19:30 Uhr, im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10, 10999 Berlin Joachim Eul, Tel. 6 23 41 45 joachim.eul@snafu.de Marion Schmidt, noiram7@freenet.de

### Bündnisgrüne ChristInnen

Dritten Donnerstag im Monat, 19.15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im \*AH, Alexander Barthel, lag.christinnen@gruene-berlin.de

### Demokratische Rechte

14-tägig, montags 19.30 Uhr im \*AH Axel Bussmer demrecht@gruene-berlin.de

### Drogenpolitik

Zweiter Dienstag im Monat, 20 Uhr, Grünes Igel-Büro, Dresdener Str. 10, 10999 Kreuzberg, Tibor Harrach, LagDrogenBerlin@aol.de

### Energie Brandenburg Berlin

Vierter Mittwoch im Monat, 18.30 Uhr, Ort bitte erfragen, Marion Hasper, info@marion-hasper.de, 0162/905 45 00

### Europa

14-tägig, montags 19 Uhr im \*AH Angela Schultz-Zehden, Christian Beck, lag-europa@gruene-berlin.de

### Frauen- & Geschlechterpolitik

Dritter Mittwoch im Monat, 19 Uhr, LGS Christoph R.Alms und Friederike Schwebler lag.frauen@gruene-berlin.de

### Frieden & Internationales

monatlich montags, 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Julija Uzinova, Martin Wilk, martin.wilk@gruene-berlin.de

### Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen, 19.-21.00 Uhr im \*AH wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de

### Grüne Jugend Berlin

Jeden Montag ab 19 Uhr, in der Dirschauer Str. 13, Friedrichshain, Kati Bachnik, 0176/32 53 04 17 Robin Völker, 0176/99983094 info@gruene-jugend-berlin.de Website gj-berlin.de, twitter.com/gjberlin

### Kultur

Dritter Mittwoch im Monat und unregelmäßig „Kultur on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen, Notker Schweikhardt, 0172/3 81 80 07 notker.schweikhardt@gruene-berlin.de Antonia Simon, 0171/4 64 50 11 antoniasimon@gmx.de

### Medien

Einmal im Monat montags um 19:30 Uhr im \*AH (Termin bitte erfragen), Matthias Tang 0171/7 03 54 92, matthias.tang@gruene-berlin.de

### Migration

Letzter Mittwoch im Monat im \*AH, Alexander Klose alexander.klose@fu-berlin.de

### Mobilität

Erster Mittwoch im Monat (Ort bitte erfragen) Martin Kasztantowicz, Theresa Theune lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

### Netzpolitik

Erster oder zweiter Donnerstag, Ort/Termin siehe Website, Tobias Schwarz, Nina Keim netzpolitik@gruene-berlin.de

### QueerGrün

letzter Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1, Maria Meisterernst, Ulli Reichardt queer@gruene-berlin.de

### Umwelt

Jeden dritten Montag im Monat, 19 Uhr im \*AH sibylle.centgraf@gruene-berlin.de, 0175/ 5400585 und info@marion-hasper.de

### AG Urheberrecht

Ort und Termin bitte erfragen Notker Schweikhardt, Tobias Schwarz notker.schweikhardt@gruene-berlin.de tob.schwarz@gmail.com

### Wirtschaft & Finanzen

14-tägig, donnerstags 19 Uhr, in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1, Wolfgang Remmers, lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

### Wissenschaft

Erster Mittwoch im Monat, 18.30 Uhr im \*AH Eva Marie Plonske, Michael Greiner Evamarie.Plonske@gruene-fraktion-berlin.de Michael.Greiner@gruene-berlin.de

### AG Aktiv gegen Rechts

Dritter Mittwoch, 19.30 Uhr, Ort bitte erfragen Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de daniel.gollasch@gruene-berlin.de

### AK Grundsicherung/Grundeinkommen

Dritter Mittwoch im Monat, 19 Uhr, im \*AH Joachim Behncke ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

### AG Tierschutzpolitik

alle 2 Monate letzten Mittwoch, 19 Uhr im \*AH Christina Söhner, Christina.Soehner@gmx.de

### AG Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

letzter Freitag im Monat, 18 Uhr im \*AH, Julia Gerometta, Martin Reents ag-bauen@gruene-berlin.de

### AG Verbraucherschutz

Erster Mittwoch im Monat (unregelmäßig) 19 Uhr im \*AH, Tilo Fuchs, Tilo.fuchs@gruene-berlin.de, Turgut Altug, 030-2325-2430 Turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

## Mitmachen vor Ort – Kreisverbände

### Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorfer Straße 60/61, 10627 Berlin Tel.: 86 42 33 00 - Fax: 31 80 81 28 E-Mail: kv@gruene-cw.de www.gruene-cw.de

### Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin Tel.: 6 14 31 46 - Fax: 6 14 31 42 E-Mail: info@gruene-xhain.de www.gruene-xhain.de

### Lichtenberg

Rudolf-Reusch-Straße 16, 10367 Berlin Tel.: 32 53 42 39 - Fax: 40 03 68 20 E-Mail: info@gruene-lichtenberg.de www.gruene-lichtenberg.de

### Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin Tel.: 5 41 40 19 - Fax: 70 24 88 95 E-Mail: info@gruenemarzahnellersdorf.de www.gruenemarzahnellersdorf.de

### Mitte

Malplaquetstraße 7, 13347 Berlin (U9/U6 Leopoldplatz) Tel.: 45 08 28 18 - Fax: 45 08 28 20 E-Mail: mitte@gruene-berlin.de www.gruene-mitte.de

### Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin Tel.: 67 12 08 12 - Fax: 67 12 08 11 E-Mail: info@gruene-neukoelln.de www.gruene-neukoelln.de

Alle Kreisverbände und (Landes-)Arbeitsgemeinschaften treffen sich regelmäßig. Du bist jederzeit willkommen zu schauen, Dich auszuprobieren, Themen einzubringen... – egal ob regelmäßig oder so, wie es passt.

### Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin Tel.: 50 18 03 39 E-Mail: buero@gruene-pankow.de www.gruene-pankow.de

### Reinickendorf

Brunowstraße 49, 13507 Berlin Tel.: 80 92 68 99 - Fax: 9 02 94 21 91 E-Mail: kreisverband@gruene-reinickendorf.de www.gruene-reinickendorf.de

### Spandau

Jagowstr.15, 13585 Berlin Tel.: 3 35 97 14 - Fax: 3 36 02 73 E-Mail: alsandau@freenet.de www.alsandau.de

### Steglitz-Zehlendorf

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin Tel.: 85 07 41 53 - Fax: 85 07 41 54 E-Mail: kreisverband@gruene-suedwest.de www.gruene-suedwest.de

### Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1, 10827 Berlin Tel.: 53 60 41 46 E-Mail: kiezbuero@gruene-ts.de www.gruene-ts.de

### Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin Tel.: 65 49 42 30 E-Mail: treptow-koepenick@gruene-berlin.de www.gruene-treptow-koepenick.de

### GRÜNE JUGEND Berlin

Dirschauer Str. 13 10245 Berlin Tel.: 030 667 630 00 E-mail: info@gj-berlin.de www.gj-berlin.de



einige Abkürzungen, nicht schön, aber nützlich

- AG** Arbeitsgemeinschaft
- BAG** Bundesarbeitsgemeinschaft
- BDK** Bundesdelegiertenkonferenz = Bundesparteitag
- BFR** Bundesfinanzrat = Gremium der Landesschatzmeister
- BGS** Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)
- BI** Bürgerinitiative
- BTW** Bundestagswahl alle vier Jahre
- BuVo** Bundesvorstand
- FR** Finanzrat
- GJ** Grüne Jugend
- HBS** Heinrich-Böll-Stiftung
- KGS** Kreisgeschäftsstelle
- KV** Kreisverband
- LAG** Landesarbeitsgemeinschaft
- LaVo** Landesvorstand
- LDK** Landesdelegiertenkonferenz = Landesparteitag
- LFR** Landesfinanzrat = Gremium der Kreisschatzmeister
- LGS** Landesgeschäftsstelle
- LA** Landesausschuss = kleiner Parteitag auf Landesebene
- LR** Länderrat = kleiner Parteitag auf Bundesebene
- LV** Landesverband
- MdB** Mitglied des Bundestages
- MdE** Mitglied des Europaparlaments
- MdL** Mitglied des Landtags (Flächenland)
- MdA** Mitglied des Abgeordnetenhauses
- MV** Mitgliederversammlung
- OV** Ortsverband

➔ [www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de)

### Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin Tel.: 6 15 00 50 - Fax: 61 50 05 99 E-Mail: info@gruene-berlin.de Mo-Do von 10-13 und 14-18 Uhr Fr von 10-14 Uhr

\*Abgeordnetenhaus (AH) von Berlin Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin 5 Minuten vom S-Bhf Anhalter Bahnhof und vom Regional-, S- und U-Bahnhof Potsdamer Platz

### TERMINE

07.- 08.12.2013

**BAG-Konvent zum Europawahlprogramm** Anmeldung erforderlich. ab 10:00 Uhr, Kalkscheune, Johannisstraße 2

11.12.2013

**Landesausschuss** 19.30 Uhr, Bundesgeschäftsstelle

11.01.2014

Veranstaltung zur Europawahl/Green Primary Bei der Veranstaltung zur Europawahl werden

die Kandidat\*innen für die Green Primary vorgestellt sowie das grüne Wahlprogramm diskutiert. 13.30 - 19.00 Uhr, Neue Mälzerei, Friedenstr. 91

07.- 09.02.2014

**Bundesdelegiertenkonferenz** in der Messe Dresden